

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 74 Dienstag, 27. März 1928 35. Jahrgang

Der Kampf um die Amnestie

Straflosigkeit für die Fememörder? / Die Sozialdemokratie sagt: nein

Berlin, 27. März (Radio)
Der Rechtsausschuss des Reichstages hat in den letzten Wochen wiederholt den Versuch gemacht, ein Amnestiegesetz zu bringen. Vor allem bemühte sich die Sozialdemokratie um die Verabschiedung eines derartigen Gesetzes. Sie stellte außerordentlich weitgehende Anträge und ließ sich dabei vor allem von dem Gedanken leiten, eine Amnestie nach Recht und Billigkeit durchzuführen. Die Mehrzahl der Anträge wurden jedoch von dem Rechtsausschuss abgelehnt. Um eine Mehrheit zu schaffen, verhandelten dann die Kommunisten mit den Deutschnationalen über einen Austausch der beiderseitigen Gefangenen. Die Kommunisten sollten freigelassen werden. Die Fememörder und die Mörder von Arnsdorf aber auch. Dem verweigerten die Sozialdemokraten ihre Zustimmung. Die Deutschnationalen ließen jedoch mit sich handeln, und so entstand folgender Antrag, zu dem auch die Mehrheit der Sozialdemokratie im Rechtsausschuss des Reichstages vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Fraktion ihr Einverständnis erklärt:

§ 1. Es wird Straferlaß gewährt für die zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch nicht verurteilten Strafen, die von Gerichten des Reiches und der Länder verhängt wurden wegen Straftaten, die aus politischen Beweggründen begangen worden sind. Der Straferlaß erstreckt sich auch auf Nebenstrafen, Sicherungsmaßnahmen, rückständige Geldbußen und Kosten.

§ 2. Anhängige Verfahren wegen der im § 1 Abs. 1 umschriebenen Straftaten werden eingestellt. Neue Verfahren werden nicht eingeleitet, soweit sie sich auf Handlungen beziehen, die vor dem 1. Januar 1928 begangen worden sind.

§ 3. Ausgeschlossen von der Straffreiheit (§§ 1 und 2) bleiben Landesverrat (§§ 87—92 des Reichsstrafgesetzbuches) und Verrat militärischer Geheimnisse (Reichsgesetz vom 3. 7. 1914), wenn die Tat aus Eigenem begangen ist.

§ 4. Ausgeschlossen von der Straffreiheit sind ferner vollendete oder versuchte Mord oder Totschlag und Teilnahme an einer solchen Straftat.

Strafen, die wegen eines in Absatz 1 bezeichneten aus politischen Beweggründen begangenen Verbrechens zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes rechtskräftig erkannt sind, werden in Festung umgewandelt. Freiheitsstrafen werden auf ein Drittel der durch Urteil oder Gnadenurteil festgesetzten Zeitdauer jedesfalls aber auf nicht mehr als die Hälfte der gesetzlichen Höchstdauer der Freiheitsstrafen herabgesetzt. Die erlittene Untersuchungshaft ist auf die hiernach zu verhängende Strafe anzurechnen. Die Befugnis der zuständigen Gnadeninstanzen zu weitergehenden Gnadenurteilen bleibt unberührt.

Am Montagabend hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einer mehrstündigen Debatte nochmals die Frage einer Amnestie durchgesprochen und dem vorstehenden Antrag mit großer Mehrheit die Zustimmung verweigert. Die Motive, von denen sich die Anhänger dieses Kompromisses leiten

ließen, fanden dabei allgemeine Anerkennung. Entscheidend für das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war der § 4, der Fememörder und sonstigen rechtsgerichteten Mörder sowie Totschläger ganz unerbittlich, mit der Schwere ihrer Tat und der Gemeinheit ihrer Gesinnung ganz unvereinbare Gnadenbeweise verheißt. Diese Mörder würden nach dem Kompromiß im Höchstfalle nur noch eine Ehrenhaft von 7½ Jahren, zumeist aber nur noch viel geringere Ehrenstrafen zu verbüßen haben. Andererseits wäre die Folge, daß auch die Mörder von Erbergerger, Gareis usw., falls sie gefaßt werden, auf ähnliche gelinde Bestrafung Anspruch erhalten würden.

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Haltung der sozialdemokratischen Fraktion u. a.: „Die Sozialdemokratische Partei bekämpft seit Jahr und Tag die schier unbegreifliche Milde, die die deutschen Gerichte gegenüber rechtsgerichteten Gewaltverbrechern an den Tag legen. Sie hat immer wieder die Polizei aufgefordert, dem Treiben dieser Leute schärfste Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit auch sie neuerdings neue gewisse, wenn auch lange nicht ausreichende Erfolge erzielt. Es ist gelegentlich auch nach rechts zugegriffen worden. Es wurden Todesurteile ausgesprochen. Sie wurden — entsprechend unseren Grundsätzen — durch die Gnade der preussischen Regierung in Zuchthausstrafen umgewandelt. War es wirklich zu verantworten, wenn man diesem eben erst erfolgten Gnadenerlaß sofort einen neuen und viel weitergehenden hinzufügte, wenn man Leute, die den Arm der Gerechtigkeit kaum noch oder überhaupt noch nicht gespürt hatten, wieder laufen ließ oder sie zu verhältnismäßig kurzer Ehrenhaft begnadigte? Ehrenhaft für Leute, die an Gemeinheit der Gesinnung und an vielfacher Missetat bei Ausübung ihrer Taten und an Feinheit ihres Verhaltens vor Gericht das Menschenunwürdigste geleistet hatten!“

Die sozialdemokratische Partei verbaute sich selber die Möglichkeit, in Zukunft Nachlässigkeit der Verwaltung und Milde der Justiz gegen rechts zu rügen, wenn sie die geringen Erfolge, die sie im Kampfe für die Anwendung der Gesetze auch nach rechts erzielt hätte, durch die Annahme eines solchen Antrages selber vernichten hilft. Polizeibeamte, die sich weigerten, etwas gegen rechts zu riskieren, Richter, in deren Hand das Schwert des Rechts, sobald es gegen rechts geschwungen werden sollte, stumpf wurde — sie alle konnten sich darauf berufen, daß die Sozialdemokratie ja selber die bisher gegen rechts gefällten Urteile zu stark gefunden und gemildert habe. Die Sozialdemokratische Partei führt ihren Kampf gegen rechts vor allem zum Schutze ihrer eigenen Genossen im Lande, zum Schutze der republikanischen Bevölkerung vor rechtsradikalem Terror. Jetzt eben erst bricht auf dem platten Lande eine neue Welle eines Terrors los. Die Genossen, die Reichsbannerkameraden, die Arbeiter im Lande, die bei den Wahlen hinausgerufen werden, um für ihre Ueberzeugung zu werben, wollen wissen, daß sich niemand ungestraft an ihnen vergreifen darf. Würde der Amnestieantrag so, wie er der Fraktion vorlag, Gesetz, so würden z. B. auch die Falkenkreuzlerbanditen von Lichterfelde noch vor dem Urteil auf freien Fuß zu setzen sein. Das hieße, für alle ähnliche Fälle bei den Wahlen einen Freibrief ausstellen.“

Mit einem einmotorigen Landflugzeug über den Ozean!

Berlin, 26. März (Eig. Bericht.)
Am Montag morgen kurz nach 8 Uhr ist vom Flugplatz Tempelhoof ganz überraschend der Leiter des Nachtluftdienstes der Luftkassa Köhl zum Fluge nach Island gestartet. An Bord des Flugzeuges befanden sich außer Köhl ein bereits von früheren deutschen Ozeanflugversuchen her bekannter Herr von Hünefeld und ein Bordmonteur. Hünefeld hat das jetzt benutzte Flugzeug gekauft. Die Vorbereitungen und der Start erfolgten so heimlich, daß nicht einmal die Direktion der Luftkassa die leiseste Ahnung von den Plänen der Flieger hatte. Das einmotorige Flugzeug führt die Bezeichnung D 1107 und trägt den Namen „Bremen“. Die Piloten scheinen die Absicht zu haben, von Island aus den Ozean zu überqueren. Köhl und von Hünefeld haben bereits Ende Februar als Vertreter des Norddeutschen Lloyd bei der englischen Luftkassa in Berlin um die Erlaubnis nachgehakt, von dem irischen Flugplatz Baldonell aus zum Transoceanflug starten zu dürfen. Dem Gesuch wurde stattgegeben.

Berlin, 27. März (Radio)

Der Junkers-Eindecker „Bremen“ ist am Montag nachmittags um 5.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit auf dem irischen Militärflugplatz Baldonell glatt gelandet. Die Strecke Berlin—Baldonell wurde in knapp 9½ Stunden erreicht. Insgesamt wurden 1000 Km. durchquert, so daß die Maschine eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Km. Stundengeschwindigkeit entwickelte. Wie Köhl nach englischen Pressemeldungen in Baldonell erklärte, will er mit seinem Begleiter, sobald das Wetter es über dem Atlantik irgend wie gestattet, zur Ozeanüberquerung starten. Der Begleiter des Herrn Köhl, ein Herr von Hünefeld, ist übrigens der gleiche Spieler, der bei seinem ersten mißglückten Flugversuch im Sommer 1927 nicht unterlassen konnte, seinem Koffer in Doorn huldigend anzutelegraphieren. Wie jetzt feststeht, unternehmen Köhl und Hünefeld den Flug im Auftrage des Norddeutschen Lloyd.

Diese Nachricht ist eine grauenhafte Illustration zu dem, was unser sachverständiger Mitarbeiter vor einigen Tagen erst im „Volksboten“ über das frivole Spiel des Großkapitals mit Menschenleben ausführte.

Und der Schuldige ist hier offen zu ersehen. Es ist der Norddeutsche Lloyd, der aus Konkurrenzstreben zwei Menschen in das nahezu sichere Verderben heft.

Gewiß ist das Problem des Ozeanfluges groß genug, um alles an seine Lösung zu legen; und wir haben denen, die ihr Leben dabei opfereten, stets die höchste Achtung erwiesen. Aber heute wissen wir, daß tollkühne Retorbitionen, selbst wenn sie gelingen, gar nichts lösen. Die entscheidende Aufgabe liegt zurzeit bei der Flugzeugkonstruktion. Erst wenn es gelungen ist, Wasserflugzeuge zu bauen, deren Leistungsfähigkeit der Aufgabe entspricht, hat es Sinn, Menschenleben dafür einzusetzen. Es bleibt auch dann noch gefährlich genug.

So frivol, wie hier, ist aber noch nie vorgegangen worden. Selbst die deutsche Luftkassa besteht darauf, daß der Versuch nur mit Seeflugzeugen, die mit mindestens drei Motoren ausgestattet sind, gewagt werde.

Der Lloyd aber schickt ein Landflugzeug mit einem Motor. Das heißt: Der geringste Motordefekt bedeutet für die Flieger den sicheren Tod. Natürlich ist es nicht völlig ausgeschlossen, daß durch einen Glückszufall das Flugzeug doch hindurchkommt. Aber auch ein solcher Zufallserfolg dürfte an dem Urteil über das Unternehmen nichts ändern.

Es ist nur zu hoffen, daß die Stimme der Vernunft doch durchdringt und die Flieger von ihrem Selbstmordversuch, von dem man nicht weiß, wie weit er freiwillig ist, doch noch zurückzuziehen.

Die Antwort auf den Eisenbahner-Schiedspruch

Ein Sturm der Entrüstung
Die Nachverhandlungen über den Reichsbahn-Schiedspruch, die ursprünglich auf den 28. März angelegt waren, beginnen bereits Dienstag vormittags. Der Schlichter will sich allem Anschein nach für die Nachverhandlungen etwas mehr Zeit nehmen. Das ist durchaus angebracht; denn eine nochmalige genaue Ueberprüfung des Schiedspruches ist dringend notwendig. Die durch den Schiedspruch geschaffene Situation ist von unerfennbarem Ernst. Der Schiedspruch hat im ganzen Reich unter den Eisenbahnerarbeitern einen wahren Proteststurm hervorgerufen. Die Erbitterung ist groß. Bei dem Einheitsverband der Eisenbahner häufen sich die Stöße der Protestresolutionen. Mit einer Post sind nicht weniger als 250 Entschuldigungen, voll von geharnischten Protesten gegen den Schiedspruch eingelaufen. Noch nie war die Abwehrbewegung gegen einen Schiedspruch unter den Eisenbahnerarbeitern so scharf wie diesmal. In allen Protestentschuldigungen wird der Schiedspruch als völlig unannehmbar bezeichnet und vom Hauptverband ge-

Poincare

Der letzte Rettungsanker der Deutschnationalen

Die große Wahlrede, die Poincare am Sonntag in Bordeaux gehalten hat, enthält eine Stelle, in der er seine Außenpolitik von 1923 nachträglich zu rechtfertigen versucht hat. Seine Beweisführung läßt sich etwa wie folgt zusammenfassen: Ohne Ruhrbesetzung hätte Deutschland niemals den Dawes-Plan angenommen, ohne den Dawes-Plan wären auch die Verträge von Locarno nicht zustande gekommen. Folglich bin ich, Poincare, der eigentliche Vater der Politik von Locarno.

Es ist nicht erstaunlich, daß Poincare, zu dessen markantesten Charakterzügen die Rechthaberei gehört, das Bedürfnis empfindet, seine Gewaltpolitik von 1923 mit seiner Anpassung zur Verständigungspolitik im Jahre 1928 in Einklang zu bringen. Vor vier Jahren ist er als der Mann der Ruhrbesetzung in den Wahlkampf gezogen und besiegt worden. Innerpolitische Beschäftigungen, vor allem die Finanzkrise, haben ihn wieder ans Ruder gebracht. Er möchte nun wenigstens diesmal als Sieger aus dem Kampf hervorgehen, um seine Regierung der „nationalen Einigkeit“ über die Wahlen hinaus zu behaupten. Das ist aber nur möglich, wenn er sich außenpolitisch die Politik Briand's zu eigen macht. Deshalb der kämpfthafte Versuch, mit rabulistischen Argumenten zu beweisen, daß die Locarno-Politik Briand's nicht nur keinen Bruch mit der Ruhrpolitik Poincares bedeutet, sondern daß die Ruhrbesetzung Locarno erst möglich gemacht hat.

In Frankreich wird man diese geistigen Purzelbäume Poincares nicht targlich nehmen, vor allem wird Briand selbst darüber lächeln. In Deutschland aber stürzt sich die gesamte deutschnationale Presse wie auf Kommando auf die Rede Poincares und versucht, daraus den Nachweis herzuleiten, als hätte die gesamte deutsche Außenpolitik Poincares erlitten: denn da der französische Ministerpräsident sich heute noch zu seiner Ruhrpolitik bekennet, so liegt darin der Beweis, daß wir durch Locarno und Völkerverbund nicht das geringste erreicht hätten. Wir seien

seit Locarno immer nur die Lebenden gewesen und die Rede von Bordeaux zeige, daß wir von Frankreich nichts zu erwarten hätten.

Ein plumpes deutschnationales Ablenkungsmanöver! Denn, selbst angenommen, diese Behauptung wäre richtig, so würden die Deutschnationalen genau dasselbe Maß an Schuld an dieser „Illusionspolitik“ tragen wie die Linksparteien. Denn die Deutschnationalen haben bei ihrem Eintritt in die Koalition des Bürgerblocks, dessen stärkster Bestandteil sie waren und heute noch sind, die außenpolitischen Richtlinien des Zentrums vorbehaltlos angenommen: sie verpflichteten sich damals zur Fortsetzung der Politik von Locarno und zum Verzicht auf alle bisherigen chauvinistischen Schlagworte und Forderungen. Deutschnationale Minister und Abgeordnete haben sich dementsprechend verhalten. Jähnebrütend und vielleicht auch innerlich widerstrebend haben sie auf die bequeme „nationale Opposition“ verzichtet müssen. Sobald ein verantwortlicher Führer ihrer Partei außer der Reihe zu tanzen verjuchte — z. B. Herr von Freitag-Loringhoven — wurde er auf Befehl des Zentrums sofort desavouiert. So trägt die Deutschnationale Partei als stärkste Regierungspartei, die Hauptverantwortung für die deutsche Außenpolitik der letzten 15 Monate, insbesondere für ihre Erfolglosigkeit. Der Versuch, die Rede Poincares gegen die Linke auszubenten, ist deshalb ebenso plump wie aussichtslos.

Aber diese Rede beweist, wie gesagt, in Wirklichkeit nichts gegen die deutsche Außenpolitik, sondern sie zeigt nur, daß Poincare seine innere Anpassung zu der Politik Briand's nach außen zu rechtfertigen bemüht ist. Poincare hat in seinem Leben — vor allem durch die Ruhrbesetzung — manchem einen Gefallen erwiesen.

Aber diesmal ist den Deutschnationalen bei den Wahlen nicht mehr zu helfen, diesmal wird selbst Poincare als „Retter“ verjagen.

fordert, daß er die Verbindlichkeitserklärung verhindert. Überall im Reich erklären die Eisenbahnarbeiter, daß sie gewillt seien, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für die Verbesserung ihrer kümmerlichen Lohverhältnisse einzutreten. Abgelehnt wird der Schiedspruch vor allem deshalb, weil die Spanne zwischen den einzelnen Gruppen noch größer zu werden droht, weil die Höhe der Zulagen absolut unbefriedigend und weil die Bindung der neuen Regelung unerträglich lang ist.

Berlin, 27. März (Radio)

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat zum Erklärungsgegenstand im Schiedsverfahren über die Lohregelung der Reichsbahnarbeiter gestern abend um 8 Uhr abließ, keine Erklärung abgegeben, so daß damit auch von der Reichsbahn der Schiedspruch als nicht angenommen gilt. An den heute vormittag um 11 Uhr im Reichsarbeitsministerium beginnenden Besprechungen der Parteien wird sich die Reichsbahn beteiligen.

Wahltermin 20. Mai!

Berlin, 27. März (Radio)

Amlich wird mitgeteilt:

Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen durch Mundschreiben davon verständigt, daß der Termin für die Neuwahlen auf den 20. Mai festgesetzt wird. Die Landesregierungen werden gebeten, die Gemeindeführer und anzuweisen, mit der Anlegung der Wählerlisten zu beginnen und als Stichtag für die Aufnahme der Wahlberechtigten den 20. Mai vorzusehen.

Berlin in Not

Das Loch im Stadthaushalt

Berlin, 27. März (Radio)

Der Haushaltsplan der Reichshauptstadt weist für 1928 ein Defizit von 19 Millionen Mark auf. Der Versuch, dieses Defizit wenigstens teilweise durch einen besseren Finanzausgleich zugunsten Berlins zu beseitigen, ist an der Haltung der bürgerlichen Parteien des Preussischen Landtages gescheitert. Die Stadt mußte deshalb von sich aus versuchen, auf irgend eine Art das Defizit zu beheben. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat am Montag einen derartigen Versuch gemacht und beschlossen, von den Mitteln für die in Aussicht genommenen Schulbauten 3 Millionen Mark und von den Kosten für geplante Straßebauten 6 Millionen Mark abzusetzen. Von den Wohnungsbaukosten werden 3 Millionen Mark für Zufahrtshypothesen, die in der nächsten Zeit noch nicht gebraucht werden, vorläufig herausgelassen. Der Rest des Defizits wird gedeckt durch eine Verringerung des Betrages für die Polizeikosten von 1,3 Millionen, eine vermehrte Abgabe der Wasserwerke um 500 000 Mark, eine Erhöhung des Anlages der Gewerbesteuer von 1 Million Mark und eine Erhöhung aus den Einnahmen der Landesbankkassa von 3/4 Millionen Mark.

Das Ende der Hehe

Spruch des Barmat-Ausschusses: das Verhalten Friedrich Eberts war einwandfrei

Der Barmat-Untersuchungsausschuß des Reichstags hat einstimmig folgende Entschließung angenommen:

1. Die bevorstehende Auflösung des Reichstags macht eine Fortführung der Arbeiten des 19. Ausschusses unmöglich. Der noch laufende Strafprozeß gegen Barmat und Genossen entzieht ihm auch weiterhin das für die abschließende Stellungnahme benötigte Material. Eine Ausnahme hiervon macht lediglich der Komplex der Fragen, die das Verhalten des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert betrafen und schon vor längerer Zeit in jeder Hinsicht geklärt werden konnten.

2. Der 19. Ausschuh stellt hinsichtlich dieser Fragen fest: „Die gegen den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wegen seiner Beziehungen zu Julius Barmat erhobenen Vorwürfe haben sich als unbegründet erwiesen. — Das Verhalten des Reichspräsidenten Ebert gegenüber Julius Barmat und dessen Familienangehörigen war völlig einwandfrei.“

Die Barmat-Hehe sollte fortsetzen, was die völkisch-deutschnationale Landesverratshehe gegen Friedrich Ebert begonnen hatte. Der einstimmige Beschluß des Ausschusses ist moralisch vernichtend für die Urheber des Verleumdungsdeluges.

Wirth demokratischer Reichstagskandidat?

Joseph Wirth soll von den Demokraten als Reichstagskandidat aufgestellt werden. Nachdem ihn das Zentrum in Baden nicht wieder aufgestellt hat, ist innerhalb der demokratischen Parteioptionen Düsseldorf-Ost und Düsseldorf-West die Absicht erörtert worden, Wirth auf die demokratische Liste der beiden Wahlkreise zu setzen. Der demokratische Zeitungsdiener bemerkt dazu: „Es ist nicht beabsichtigt, mit dieser Kandidatur irgendeinen besonderen Kampf gegen das Zentrum zu führen, ebenso wenig soll Wirth verpflichtet werden, der Demokratischen Partei oder Fraktion als Mitglied oder Kandidat beizutreten. Auch ist nicht an eine Bindung hinsichtlich Wirths zukünftiger Zugehörigkeit zur Zentrumsfraktion gedacht. Da Dr. Josef Wirth von diesem Gedanken noch keine Mitteilung zugegangen ist, so hat er selbstverständlich dazu auch noch keine Stellung nehmen können.“

In den beiden Düsseldorf-Wahlkreisen ist als einziger demokratischer Abgeordneter Erkelenz gewählt worden. Die Demokraten haben dort bei den letzten Wahlen 73 000 Stimmen aufgebracht; das Zentrum hat 579 000 Stimmen erreicht. Die Zentrumsliste in Düsseldorf-West führte 1924 Beck, in Düsseldorf-Ost war Marx bisher Spitzenkandidat. Die Demokraten rechnen damit, daß Wirth, wenn er in beiden Kreisen kandidieren würde, 60 000 Stimmen erreichen könnte.

*

Berlin, 27. März (Radio)

Der Reichstagskanzler a. D. Dr. Wirth hat inzwischen von der Demokratischen Parteioption aus Düsseldorf ein Schreiben erhalten, in dem ihm der Vorschlag gemacht wird, für die demokratische Partei zu kandidieren. Wirth selbst hat sich dazu noch nicht geäußert. Die Germania gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß er das demokratische Angebot zu den Akten legt. Vorläufig dürfte er das nach unseren Informationen nicht tun. Er wird zunächst vielmehr abwarten, welche Ausichten sich für ihn noch im Zentrum bieten.

Landesratswahlen im Saargebiet

Das arme Zentrum

Saarbrücken, 26. März. (Fig. Bericht)

Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zum Landesrat des Saargebietes waren infolge der inzwischen zu verzeichnenden Deflation naturgemäß begleitet von einem Anwachen der Radikalen rechts und links. Daneben aber wird das Wahlergebnis charakterisiert durch eine starke Wahlmüdigkeit und

Reudells Entlarbung

Die Parteivirklichkeit im Reichsinnenministerium / Landwirtschaftsfragen / Die belogenen Kleinrentner / Freunde und Gegner des Einheitsstaates

Am Montag beschäftigte sich der Reichstag mit der Schlußberatung des Haushalts für das Reichsinnenministerium des Innern. Es kam noch einmal zu einem nun beiderseits scharf zugespitzten

Reudell Solmann—Reudell.

Der sozialdemokratische Redner gestattete dem Minister nun kein Ausweichen mehr. Er behauptete, daß der Reichsminister entgegen seinen Erklärungen vom vergangenen Freitag zwei Regierungsgeräte, darunter den Sohn des früheren Reichstagspräsidenten Wallraf, aus politischen Gründen zu Oberregierungsgeräten zu befördern beabsichtige. Daburch würden fünf oder sechs mindestens gleichqualifizierte Beamte übergangen. Zum Falle Bracht stellte Solmann fest, daß der Reichsminister nunmehr in seiner neuen Rede zugegeben habe, daß dieser Ministerialdirektor wegen seiner republikanischen Gesinnung von der Leitung der Verfassungsabteilung befreit worden sei. Der Minister habe also erst die deutschnationalen Richtlinien zum Schutze der Reichsverfassung unterschrieben und dann als eine seiner ersten Taten den republikanischen Leiter der Verfassungsabteilung entlassen. Der Minister gab durch Schweigen zu, daß die sozialdemokratischen Behauptungen über den Beamtenhub richtig sind, dagegen bestritt er, den Republikaner Bracht wegen dessen republikanischer Gesinnung aus der Verfassungsabteilung ausgeschloffen zu haben. Solmann forderte ihn nun nochmals auf, doch vor dem Lande zu erklären, welche anderen Gründe zur Entlassung Brachts geführt haben.

Der Minister hüllte sich in Schweigen.

Er kann im Ernst nicht bestreiten, daß unter einem deutschnationalen Minister ein Republikaner in der Verfassungsabteilung unmöglich ist.

Die Sozialdemokratie schickte noch mehrere Redner vor. So behandelte Dr. Moses die Ausschreitungen, die sich in gewissen medizinischen Kreisen in den Experimenten mit Kindern gezeigt haben. Er fand bei dieser Gelegenheit berechtigten Spott über die Massenproduktion von Ehrendoktoren. Der sozialdemokratische Abg. Frölich griff den Reichstagsminister zur Überwachung der öffentlichen Ordnung heftig an, weil dieser im Jahre 1923 dem Staatsanwalt das Material geliefert habe, das zu jenen ehrenrührigen Anwürfen gegen Herrmann geführt hätte, die dann im Prozesse elend zusammengebrochen seien. Ein Intimit, das so arbeite, dürfe nicht im Etat bleiben. Der Bergarbeiterführer Janschet sprach energisch gegen die Technische Nothilfe, deren Überflüssigkeit er nachwies.

Das Haus trat dann in die Beratung des Ergänzungshaushalts für 1928 ein. Die Sozialdemokratie ließ durch ihren auf allen Seiten als Sachkenner anerkannten Abg. Dr. David

eine programmatische Rede zu den Landwirtschaftsfragen

halten. Soweit das Notprogramm, so führte David aus, die planmäßige Gestaltung des Marktes will, ist es nichts anderes als eine Anteilnahme bei der sozialistischen Gedankenwelt. David zerpflückte das Märchen, als ob die Sozialdemokratie den Kleinbauern enteigne. Im Gegenteil habe das Kieler Programm nicht nur die Förderung und Erhaltung des bäuerlichen Bestandes, sondern sogar die Neuschaffung von Bauernstellen durch Siedlungen gefordert. Drei Viertel der Bauern beschäftigten überhaupt keine fremden Arbeitskräfte und seien nichts anderes als Proletarier der Agrarwirtschaft. Ein Überwachungsausschuß werde von der Sozialdemokratie gefordert, damit der Löwenanteil des Notprogramms nicht wieder den Großbesitzern zugute-

komme. Der Antrag bedeute also Schutz des Kleinbauerntums. — Dann trat eine große Reihe von bürgerlichen Verlegenheitsrednern und Verlegenheitsrednerinnen auf, weil das geforderte und von den Regierungsparteien versprochene

Kleinrentnergesetz

nicht eingebracht worden ist. Es werden im Notprogramm nur 25 Millionen Mark als Almosen an die Kleinrentner verläppelt. Frau Wende von der Deutschen Volkspartei stimmte ein Lied des Bedauerns an, daß die Wünsche der Kleinrentner nicht befriedigt werden könnten. Die bekannte Schwärmerin für die Todesstrafe, die deutsch-nationale Abg. Frau Müller-Diefied, suchte diesen Trauergefang noch zu überbieten. Nur mit dem bekannten schweren Herzen bringe man das große Opfer, auf das Kleinrentnergesetz zu verzichten. In spitzigen Worten hieß die Demokrat in Lüders den Regierungsparteien ihre lägerischen Versprechungen vor. Auch die Kommunistin Wendje sagte den Regierungsparteien, sie hätten nur schöne Worte, aber im Parlament reiche es nicht zu Taten. Die Abstimmungen über den Ergänzungsetat 1928 werden vorläufig zurückerlegt.

Es gab dann noch stundenlange

Abstimmungen über die Anträge und die Entschlüsse zum Haushalt des Reichsinnenministeriums des Innern.

Alle sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Erhöhung der Kulturfonds wurden abgelehnt. Angenommen wurden die Ausschlußanträge, die allerdings unter dem Druck der Sozialdemokratie schon eine gewisse Erhöhung erfahren haben. Die Sozialdemokratische Partei wird bei der dritten Lesung neue Erhöhungsanträge stellen, u. a. auch ihren Antrag auf Mittel für die notleidenden Junglöhler wiederholen. Bei den zahlreichen Abstimmungen gab es bemerkenswerte Augenblicke bei den Entschlüssen, die auf den Einheitsstaat hinwirkten. Angenommen wurde eine Entschlüsselung, die von der Regierung einen Gesetzwurf fordert, der für alle Deutschen an Stelle der Staatsangehörigkeit eine deutsche Reichsangehörigkeit will. Dagegen stimmten die Bayerische Volkspartei, die Deutsch-nationalen und der größte Teil des Zentrums. Ein Antrag auf baldige Vorlage einer Reichsstaatsordnung und einer Reichslandgemeindeordnung wurde mit 172 gegen 192 Stimmen angenommen. Wieder stimmten das Zentrum und die Bayerische Volkspartei dagegen. Sogar gegen einen Antrag, der die baldige Beseitigung der Enklaven verlangt, stimmte das Zentrum. Immerhin zeigte sich, daß im Reichstage eine ziemliche Mehrheit für eine Vereinheitlichung des Reiches vorhanden ist. Zahlreiche Entschlüsse betrafen Jugendpflege, Beamtenfragen, Erziehungsfragen und die vielen anderen Gebiete, die im Reichsministerium des Innern zuständig sind. Auch eine sozialdemokratische Entschlüsselung, die eine Nachprüfung des Impfschutzes fordert, wurde wenigstens zum Teil angenommen. Der Teil der Entschlüsselung, der auch die Frage einer Einführung der Gewissenskaufel wünscht, wurde mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Bei dem Ergänzungsetat für 1927 verfiel ein sozialdemokratischer Antrag, der für das erste Sängerfest des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes 50 000 Mark fordert, weil 100 000 Mark für das große deutsche Sängerfest in Wien bewilligt werden, der Ablehnung. Der Antrag wird in dritter Lesung wiederholt werden.

Zwischen Wirtschaftskrieg und Handelsvertrag

Der Ausgleich mit Polen in weite Ferne gerückt

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages dauern nun bereits mehr als drei Jahre. Sie haben in dieser Zeit wechselvolle Phasen durchgemacht und schienen mehr als einmal dem Scheitern nahe. Ein Abschluß, wenn auch in dem beschränkten Rahmen des sogenannten „kleinen Handelsvertrages“ schieben bereits in Sicht, als es dem Gesandten des deutschen Gesandten Raucher in Warschau gelang, eine Einigung in der Niederlassungsfrage herbeizuführen. Die deutsche Regierung hat sich daraufhin zu begrenzten Zugeständnissen in der Frage der Einfuhr polnischer Schweine und polnischer Kohle bereit erklärt. Die Verhandlungen erlitten dann Ende vorigen Jahres eine sichtsche Weidung. Nun ist wieder eine bedauerliche Stodung eingetreten. Ihre äußere Ursache liegt in dem polnischen Grenzdektret, das die Vereinbarungen in der Niederlassungsfrage zum guten Teil über den Haufen geworfen hat und dessen befristete Abänderung trotz der deutschen Vorstellungen bisher nicht erfolgt ist.

Die polnische Presse ist jetzt natürlich eifrig bemüht, auf eine offenbar vom polnischen Außenministerium ausgegebene Lösung hin dieses Grenzdektret zu rechtfertigen und als harmlos hinzustellen; nur der sozialistische „Robotnik“ macht hier eine Ausnahme, indem er die Verschlechterung der Lage der Reichsdeutschen in der Grenzzone anerkennt. Gleichzeitig vertritt die polnische Presse, offenbar auf offiziöse Weisung hin, die Theorie, das Grenzdektret bilde für Deutschland nur den Vorwand, die Verhandlungen zu verstocken oder zu sabotieren. Dieser Vorwurf ist zweifellos falsch. Gewiß wird in deutschen Reichskreisen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen gegen einen deutsch-polnischen Handelsvertrag agitiert. Aber die für die jetzigen Verhandlungen maßgebenden Beschüsse hat die

Rechtskoalition mit Einschluß der deutschnationalen Minister gestiftet und es besteht nach unseren Informationen auf deutscher Seite weder ein Anlaß noch die Absicht, von diesen Beschlüssen abzugehen. Die Sache liegt vielmehr umgekehrt. Auf polnischer Seite besteht zurzeit der Wunsch nach einer Verzögerung der Verhandlungen, weil man damit rechnet, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen eine Linkskoalition zur Folge haben werden und dann größere Zugeständnisse zu erwarten sind. Es handelt sich hier jedoch um eine Berechnung, die — was diese Konzeptionen anbelangt — nicht auf sehr starken Füßen steht.

Aber wie dem auch sei, die deutsch-polnischen Verhandlungen stoden wieder einmal. Darin liegt die große Gefahr, daß der noch bestehende Zollkrieg zwischen Deutschland und Polen sich neuerdings verschärft, vor allem, wenn die polnischen Maximalwünsche Deutschland gegenüber in Kraft treten sollten. Von deutscher Seite scheint man sich bemühen zu wollen, eine solche Verschärfung zu vermeiden. Man hat das Grenzdektret, das in der deutschen Presse einmütig verurteilt wurde, nicht zum Anlaß genommen, die Verhandlungen formell zu unterbrechen, sondern nur offiziös eine eingehende Prüfung dieses Dekrets angekündigt. Offenbar besteht die Absicht, über dieses Dekret weitere Erörterungen mit der polnischen Regierung zu führen. Das würde gewissermaßen auf eine Fortsetzung der Niederlassungsverhandlungen hinauslaufen. Auf diese Art würde mindestens die förmliche Unterbrechung der Verhandlungen vermieden werden.

In jedem Falle besteht aber — nicht auf deutschen Wunsch, sondern infolge des Verhaltens der Polen — wenig Aussicht, daß es vor den deutschen Neuwahlen zu einem Abschluß der Verhandlungen kommt. Das ist gewiß bedauerlich. Aber nach Lage der Dinge muß man zufrieden sein, wenn wenigstens neue Spannungen und Kampfmaßnahmen vermieden werden.

durch eine unerhörte Wahlbroggie des Zentrums, das seinen ganzen geistlichen Heerhan zu einer skrupellosen und die Gegner in der niederträchtigsten Weise verleumenden Kampagne aufgegeben hatte. Auf diese Weise brachte man vor allem die katholischen Frauen und Jungfrauen recht zahlreich an die Urne, sodaß das Zentrum von der allgem. in beobachteten Wahlmüdigkeit kaum betroffen wurde. Trotzdem erzielte es ebenfalls wenig, die Kommunisten nicht ein Mandat mehr. Erfolge haben lediglich die Deutschnationalen und die Christlich-sozialen zu verzeichnen. Die beiden Parteien, die man als die eigentlichen Träger des deutschen Gedankens an der Saar ansprechen muß, die Sozialdemokratie und die Deutsch-saarländische Volkspartei, begahnten ihre auf die großen Saargebietspunkte eingestellte Wahlagitatio mit je einem Mandat.

Die Presse aller Parteien, von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen, stellt am Montag übereinstimmend fest, daß die Wahlmethode des Zentrums in diesem Kampf einen seit langem nicht mehr gekannten unerhörten Zustand erreicht hat. Das größte Blatt des Saargebietes, die bürgerliche „Saarbrücker Zeitung“ schreibt dazu: „Obenan mit unerschütterlichen Ausfällen steht das Zentrum, diese Partei, die gewiß weder im Reich noch im Saargebiet über mangelhafte Beteiligung an den Regierungs- bzw. den Verwaltungsgeschäften klagen kann, die im Gegenteil eine im Verhältnis zu ihrer Bedeutung fast zu große Rolle spielt, jammert bei den Wahlen stets über die Unterdrückungsgelüste der bösen, anderen, katholischen-fressenden Parteien. ... Und wie ist es in der Tat? Mit dem Unterdrückte der Katholiken verhält es sich genau wie mit dem Sicherheitsgelehrten der Franzosen. Man spricht bei jeder passenden Gelegenheit laut davon, um die gegenteiligen Tatsachen zu verdecken.“

Aus dem Lohmannauschuß

Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm am Montag den Bericht des Unterausschusses über die Rhodus-Angelegenheit entgegen. Da die allgemeine politische Aussprache über den ganzen Komplex der Lohmann-Unternehmungen bereits Dienstag im Plenum erfolgen soll, war die Debatte, die sich an den von dem Abgeordneten Heintz (Soz.) und Treviranus (Dn.) erstatteten Bericht angeschlossen, nur kurz. Die vom Unterausschuß zur entscheidenden Seite der Sache gefassten Beschlüsse wurden mit großer Mehrheit bestätigt und dem Plenum des Reichstages zur Beschlußfassung zugeleitet. Auch wurden die im Etat der allgemeinen Finanzverwaltung zur Deckung der Rhodus-Verluste angeforderten 7 Millionen vom Ausschuh gegen die sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen bewilligt.

Hungerrenten für Angestellte

Aber 733 Mill. Mark Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte

Bei der Beratung des Gesetzes über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung im Rahmen des Notprogramms hat der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit größtem Nachdruck auf die Ungültigkeit der geplanten Maßnahmen hingewiesen. Der Bürgerbund blieb taub. Nur geringfügige Erhöhungen der Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung sind das Ergebnis eines langwierigen Kampfes der Sozialdemokratie. Es wird zu den großen Aufgaben des kommenden Reichstages gehören, die immer wieder vertagte grundlegende Reform unserer gesamten Sozialversicherung in Angriff zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die Rentenempfänger ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Die vom Reichstage beschlossenen Verbesserungen in der Angestelltenversicherung beschränken sich auf eine Erhöhung des Kinderzuschusses und eine Aufwertung für Beiträge aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Juli 1921 in Form von Steigerungsbeträgen für sämtliche Gehaltsklassen. Bisher waren die unteren Gehaltsklassen davon ausgeschlossen. Die dadurch entstehende Mehrbelastung schätzt die Regierung auf 10 Millionen Mark im Jahre.

Die Beschlüsse des Reichstages finden eine vernichtende Kritik durch den jetzt vorliegenden Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Geschäftsjahr 1927. Einbringlicher kann der Nachweis für die Durchführbarkeit der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion immer wieder geltend gemachten Forderungen für den Ausbau der Leistungen der Angestelltenversicherung nicht geführt werden. In den Vorschlägen der Sozialdemokratie wurde eine Erhöhung der Renten durch Steigerung des Grundbetrages von monatlich 40 Mk. auf monatlich 60 Mk. und die Erhöhung des Steigerungsbetrages von 15 Proz. auf 20 Proz. für die geleisteten Beiträge gefordert. Die Vorschläge sahen außerdem eine Herabsetzung der Wartezeit von 10 auf 5 Jahre, eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug des Ruhegeldes von 65 auf 60 Jahre und die Auswertung der früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen vor. Der Reichstag hat sich bei der Verabschiedung des eingangs erwähnten Gesetzes mit der Annahme einer Entschleunigung begnügt, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, in einer Denkschrift dem Reichstage mitzuteilen, unter welchen Voraussetzungen die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre und die Verkürzung der Wartezeit auf 5 Jahre beitragsmonatlich durchführbar ist. So notwendig diese Änderungen des Angestelltenversicherungsgesetzes sind, den Rentenempfängern kann nur durch Steigerung des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages wirksam geholfen werden. Die Denkschrift über die Durchführbarkeit all dieser sozialdemokratischen Forderungen braucht nicht mehr angefertigt zu werden, sie liegt bereits in Form des Geschäftsberichts des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt vor.

In den wenigen Jahren der Nachkriegszeit hat die Reichsversicherungsanstalt ein Vermögen von 733 Millionen Mark angesammelt; sie wird sehr wahrscheinlich bis Ende dieses Jahres die erste Milliarde erreicht haben. Im umgekehrten Verhältnis dazu stehen die Rentenleistungen. Wenn man sich die Gewinn- und Verlustrechnung ansieht, sieht man auf einen Betrag von 108 451 440 Mk. Im Jahre 1926 wurden 53 224 958 Mk. ausgegeben. Das sieht also nach einer Verdoppelung der Rentenleistungen aus. In Wahrheit ist diese Steigerung auf 108 Millionen ein Buchungstrick. Zunächst sind darin 38 Millionen als einmalige Zahlung an die Invalidenversicherung zur endgültigen Abgeltung für Rentenaufwendungen an Angestellte aus der Invalidenversicherung enthalten. Dieser Betrag hat also mit der Rentenlast der Angestelltenversicherung nichts zu tun. Aber auch die dann noch verbleibenden 70 1/2 Millionen Mark Ausgaben für Rentenleistungen sind immer noch zu hoch, weil der Angestelltenversicherung rund 9 1/2 Millionen Mark von anderen Versicherungsträgern zurückgestellt wurden. Die tatsächliche Rentenlast im Jahre 1927 war also nicht 108 1/2 Millionen, sondern nur 68 Millionen Mark. Die durchschnittliche Monatsrente betrug 64 Mk. Vergleicht man die Gesamt-

belastung des Jahres 1926 mit dem Jahre 1927, dann ergibt sich nur eine Steigerung von 18 Millionen Mark. Demgegenüber steht eine Beitragserhöhung von 35 Millionen Mark. Allein an Zinsen wurde eine Einnahme von 48 Millionen Mark erzielt, über 70 Proz. der gesamten laufenden Rentenlast konnten also aus den Zinseinnahmen gedeckt werden.

Diese günstige Finanzentwicklung der Reichsversicherungsanstalt ist jedoch nicht nur bedingt durch die unzureichenden Rentenleistungen, sie ist auch eine Folge des Anwachsens der Versicherten und der Vermehrung der Beitragszahler in den höheren Gehaltsklassen. In der Zeit vom 1. April 1926 bis einschließlich 31. März 1927 gingen monatlich durchschnittlich 2 589 760 Beiträge ein, in der Zeit vom 1. April 1927 bis 30. September 1927 monatlich durchschnittlich 2 669 700. Berücksichtigt man, daß nicht jeder Versicherte in jedem Monat einen Beitrag entrichtet, so ist die tatsächliche Versichertenzahl noch höher. Das Direktorium schätzt sie für Ende 1927 auf 3,12 Millionen. Aus den hier angeführten Zahlen ergibt sich, daß sich in einem halben Jahr die Zahl der Versicherten um über eine halbe Million erhöht hat. Ebenso aufschlußreich sind die Angaben über die Zahl der Versicherten in den einzelnen Gehaltsklassen. Ueber eine halbe Million Versicherte hatte nur einen Monatsverdienst bis 50 Mk., eine weitere halbe Million ein Monatsverdienst von 50 bis 100 Mk., eine weitere Million Versicherte einen Monatsverdienst von 100 bis 200 Mk. Ueber zwei Drittel aller Versicherten hatten also einen Monatsverdienst von unter 200 Mk. Diese Zahlen beweisen nicht nur die schlechte Lebenslage der Angestellten, sie zeigen auch, wie notwendig die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen ist, weil bei solchen schlechten Einkommensverhältnissen keine ergänzende Vorsorge durch die einzelnen Angestellten möglich ist.

Von Jahr zu Jahr steigen die Beitragseinnahmen und die Ueberhälle der Angestelltenversicherung. In weitem Umfange dazu stehen die Rentenleistungen. Die Angestellten werden dafür sorgen müssen, daß der neue Reichstag nicht nur Entschleunigungen annimmt, sondern den Angestelltenrentnern wirkliche Hilfe bringt!

Amliche Wahlbeeinflussung!

Die Reichspost agitiert für den Reichslandbund

Ein Postdirektor im Bezirk der Oberpostdirektion Kassel hat am Schwarzen Brett seines Postamtes eine Einladung des Reichslandbundes ausgehängt und sie ausdrücklich amtlich empfohlen. Auf eine Beschwerde antwortete die Oberpostdirektion Kassel:

„Der Pommerische Landbund ist eine Vereinigung zur Erhaltung und Förderung der deutschen Landwirtschaft ohne Rücksicht auf politische Parteistellung. Die Bekanntgabe seiner Einladungen sehen wir nicht als politische Propaganda an.“

Der Reichslandbund ist eine deutsch-nationale Wahlorganisation. Beweis: die Vorstandswahl des Reichslandbundes vom 21. März hat laut „Deutsche Tageszeitung“ gegenüber der Christlich-Nationalen Bauernpartei den folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Reichslandbund spricht die Erwartung aus, daß die Leitung der Christlich-Nationalen Bauernpartei den Ausbau der Partei und die Aufstellung von Listen in den einzelnen Ländern und Provinzen nur mit Zustimmung der zuständigen Zentralverbände vornehmen wird.“

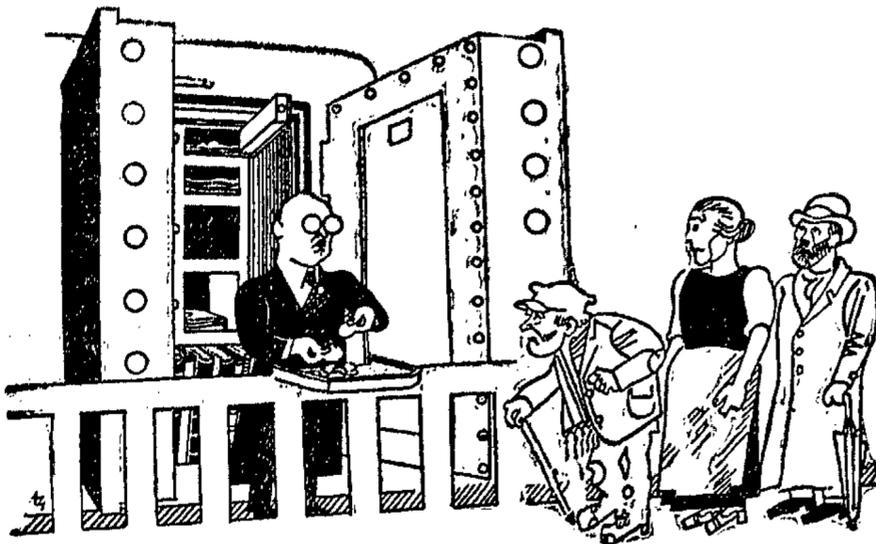
Darin liegt das Zeugnis, daß der Reichslandbund eine politische Wahlorganisation ist. Eine amtliche Empfehlung des Landbundes durch die Post ist also amtliche Wahlbeeinflussung.

Aloys Lindner — SPD!

Der Wehrer Aloys Lindner, der nach der Ermordung Eisners in den Bayerischen Landtag eintrat, den Genossen Auer sowie zwei Ministerialbeamte schwer verletzten und den Abgeordneten Oel von der Bayerischen Volkspartei tötete, ist vor kurzem begnadigt und aus dem Zuchthaus entlassen worden.

Die Kommunistische Partei hat sich seiner bemächtigt; er tritt jetzt als Redner in kommunistischen Versammlungen in Chemnitz auf.

Trost für die Kleinrentner



Finanzminister Köhler: „Das Reich hat leider nur 25 Millionen für die Kleinrentner. Aber trösten Sie sich: ohne die Phobos-Verluste würde es das Doppelte sein!“

Der Mensch am Kreuz

Roman nach dem Tagebuch eines katholischen Pfarrers von Max Barthel

Copyright 1927 by „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., Berlin SW. 61

9. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Tobias“, sagte er endlich, „was wissen wir von der Welt! Was wissen wir, was Gott mit uns vorhat? Denke an die Mutter, die sich trotz der Armut ihren Glauben bewahrt hat. Wir alle sind schwach, die heilige Jungfrau wird uns behüten und führen.“

„Ja“, sagte Tobias, „ja, auch ich weiß, daß ich sehr wenig weiß, daß ich gar nichts weiß, Vater. Der Bergmann hat mir einige Bücher aufgeschrieben, die ich lesen soll. Gewöhnlich empfehle ich den Gefangenen Lesüre, aber die Welt steht auf dem Kopf; jetzt empfehle ich mir ein Sträfling dieses und jenes Buch, und, Vater, ich werde sie lesen.“

Der alte Lehrer verabschiedete sich und fuhr in sein stilles Dorf zurück. Ja, die Welt hatte sich gedreht. Wo früher ein Schatzen war, krönte jetzt das Licht. Er hatte Angst um seinen Sohn. Zu Hause fand er Trost in der Musik. Auch Carla hatte geschrieben.

Der junge Kaplan besuchte nicht nur die Gefängnisse und leitete nicht nur die Feste des Gefangenvereins. Er verrichtete auch geistliche Dienste. Er hörte die Beichte und vergab sehr schnell die kleinen Sünden. Er predigte auch. Laut schallte seine Stimme durch den kühlen Raum. Von der Kanzel aus beobachtete er mit staunender Bewunderung den Eindruck seiner Worte. Wenn er vom Fegfeuer und von der Hölle sprach, verzerrten sich angstvoll die Gesichter der Gemeinde, wenn er die Seligkeit des Paradieses ausmalte, glaubte er die Herzen der Gläubigen freudig schlagen zu hören. Oh, er war wie ein Zauberer und konnte Qualen und Jubeltrauf erzeugen. Manchmal spielte er auf den Herzen der Kirchenbesucher wie auf einer Orgel.

Tobias Erler kam in Marienburg auch in den gesellschaftlichen Betrieb hinein. Er entwickelte trotz seiner seelischen Erschütterung allerhand Talente und wurde ein sehr guter Statistiker. Er gewann oft. Wein wurde getrunken, Bier, es wurde Billard gespielt und Regel geschoben. Er befreundete sich innig mit einem Kaplan. Zwei Jahre lebten sie im besten Einvernehmen zusammen und haben sich keine einzige Minute lang entzweit. Sie trugen gleiche Mäntel, gleiche Handschuhe, gleiche Stöcke und gleiche Mützen. Mit jenem Kaplan fuhr er einmal nach Danzig und hörte die erste Oper. Tannhäuser wurde aufgeführt. Erler schwelgte in Musik und war so erschüttert, daß er zitterte und weinte. Als der Sirenenchor begann, brauste das Blut in dem kleinen Kaplan wie eine glühende Flamme der Sinnlichkeit und Leidenschaft.

Er wagte kaum zu atmen. Als er einmal um sich sah, um die verzauberten Gesichter der anderen Menschen zu studieren, fiel sein Blick auf einen Major, der während der Aufführung

eingeschlafen war. Tobias haßte den Major, in ihm haßte er plötzlich das ganze Militär und mußte merkwürdigerweise an den politischen Gefangenen Hans Bergmann denken.

In den folgenden Monaten kam Erler sehr wenig zur Lectüre. Die Bücher, die ihm Bergmann empfahl, las er nicht. Er dachte aber viel über jene erste Unterhaltung nach und fand seine Verwaltungsbücher als Präses im katholischen Gefangenverein sehr glücklich formuliert als: Umwandlung der Materie. Der befreundete Kaplan rief über jene Formulierung nur billige Witze, und bei jedem Stababend, an dem Wein oder Bier getrunken wurde, sagte er bei jedem neuen Glas: „Herr Kollege, verwandeln wir die Materie!“

Tobias Erler spielte nicht nur Karten oder Billard, er wurde auch zu einigen Gesellschaften eingeladen. Er glaubte schon, weil er Wagner gehört hatte, ein Weltmann zu sein, aber seine Werturteile gegen die sogenannten gute Form waren sehr zahlreich. Bei einem Essen hatte er als Tischnachbarin eine junge, schöne und reiche Witwe. Sie machte viele Verusche, mit dem interessanten Kaplan, von dessen Aufführungen man in der Stadt sprach, eine Unterhaltung in Zug zu bringen. Aber an diesem Abend konnte Tobias nicht sprechen. Das Blut schloß ihm in den Kopf, die allzu heftige Weiblichkeit der schönen Nachbarin verwirrte ihn. Sie wandte sich schließlich einem älteren Herrn zu und Erler wurde eifersüchtig, als er das betörende Lachen der jungen Frau hörte.

Die Tafel wurde aufgehoben. Die Gäste gingen zum Tanz. Außer Erler waren auch einige Pfarrer anwesend, die sich besonders an den Wein hielten und sehr artig über vollkommen weltliche Dinge sprachen konnten. Die geistlichen Herren waren nach der aufgehobenen Tafel auch gute Tänzer. Die bildschöne junge Witwe kam auf Tobias zu.

„Mit Ihnen möchte ich gern einmal tanzen“, sagte sie. „Ich habe Ihre letzte Aufführung gesehen, Herr Kaplan, und bin begeistert. Was Sie alles aus den Menschen herausgeholt haben!“

„Gnädige Frau“, stotterte der junge Kaplan verlegen, „ich tanze nicht den Tanz um das goldene Kalb!“ Er drehte sich um und ließ die Dame stehen. Er hatte etwas ganz anderes anzuwarten wollen, etwas Galantes und Weltmännisches, aber er fürchtete sich ganz einfach vor der schönen Frau. Ja, er hätte sie in seine Arme reißen wollen, er war ja ein Mann und liebte schöne Frauen. Von der Ecke aus beobachtete er die junge Tänzerin, die sich mit einem beliebigen Pfarrer lächelnd und wiegend über das Parkett bewegte. Der Pfarrer tanzte wie ein Faun. Die schöne Dame bewegte sich wie eine Nymphe.

Am nächsten Tag besuchte Erler im Gefängnis Hans Bergmann. Als politischer Sträfling konnte sich Bergmann selbst beschäftigen. Auf dem Tisch lag ein großes Buch, daneben viele Zettel mit Auszügen. Bergmann las und schrieb, und manchmal schloß er den Kopf in die Hände und dachte nach.

„Herr Bergmann“, sagte der junge Kaplan, „in vierzehn Tagen ist Ihre Zeit um. Was wollen Sie dann machen?“

„Wieder an meine Zeitung gehen. Das Jahr war für mich gute Scholung. Ich habe viel gelernt und studiert.“

„Was ist das für ein Buch, das Sie lesen?“ fragte der Kaplan.

„Das „Kapital“ von Marx“, sagte Bergmann, „aber das würde ich Ihnen noch nicht empfehlen“, und tat so, als müßte er für das Heil einer Seele sorgen, „dieses Buch dürfte für Sie zu schwer sein.“

„Das käme auf die Probe an“, antwortete lächelnd Erler, beugte sich über das Buch, erhaschte einige Ausdrücke wie Akkumulation, Expansion und imperialistische Tendenz, wußte damit nichts anzufangen und sagte weiter: „Herr Bergmann, eigentlich sollte ich Sie nicht belächeln. Ihre Seele hat zu viele Namen und Gestalten, als daß ich sie anrufen und einordnen könnte. Ein Kollege, mit dem ich über Sie sprach, behauptet, Sie seien der Antichrist.“

Bergmann lachte.

„Was ist das für ein theologischer Unsinn! Wenn Gott die Welt geschaffen hat, warum erschuf er den Antichrist? Vielleicht sind Gott und Teufel, weil sie aus einem Gelehrten entspringen sind, dem Gelehrten des Volkes nämlich, mathematisch ausgedrückt zwei parallel laufende Linien, die sich in der Unendlichkeit treffen. Was meinen Sie dazu?“

„Garnichts, Herr Bergmann“, sagte Erler, „ich will mich nur von Ihnen verabschieden. Vor fünf Monaten war ich bei Ihnen und Sie haben mir klar gemacht, daß man mit Leuten von Ihrem Schlag anders diskutieren muß, als ich es bis jetzt getan habe. Vor einigen Wochen habe ich bei meinem Bischof beantragt, mir Urlaub zu gewähren, um mein Studium zu vollenden. Heute Morgen ist der Befehl gekommen. Ich gehe für zwei Jahre nach Freiburg. Dann werden wir sehen, Herr Bergmann, wenn wir wieder einmal zusammentreffen sollten, wer die besseren Gründe für sich hat.“

„Die Gründe sind billig wie Brombeeren, ich gebe nur etwas auf Tatsachen. Tatsachen, bringen Sie Tatsachen, Herr Kaplan, auch mit Tatsachen können Sie mich nicht überzeugen, aber vielleicht dazu bringen, noch bessere Tatsachen gegen die Ihren aufzustellen. Im übrigen freue ich mich, daß Sie ein wenig in die Welt hinauskommen. Fahren Sie über Berlin, gehen Sie in irgendeinen Hinterhof, Quergebäude vierter Stock und sehen Sie sich mit eigenen Augen an, wie die Menschen dort leben. Vergleichen Sie dann mit Charlottenburg, mit dem Tiergartenviertel. Tatsachen, Herr, Tatsachen.“

„Nach Berlin komme ich schon, Herr Bergmann, meine Schwester ist dort orchester, und ich werde nicht vergessen, mit einem Hinterhof, Quergebäude vierter Stock, anzusehen. Leben Sie wohl.“

Er gab ihm die Hand. Die schwere Eisentür knallte ins Schloß. Der Sträfling war wieder allein. Er setzte sich an den Tisch, beugte sich über das aufgeschlagene Buch, las und notierte, dachte nach, schloß den Kopf in die Hände und blühte dann mit hungrigen Augen dem schmalen Streifen Sonne nach, der durch das vergitterte Fenster in die Zelle kam und langsam über die kalten Wände wanderte und Lärm war in die Freiheit der unvergitterten Welt.

(Fortsetzung folgt)

Nimmt zum Scheuern

Henkel's
ATA
das unvergleichliche Putz- u. Scheuermittel!

Konfirmanden-Anzüge
jetzt weiter unter Preis, daher äußerst billig
in **blau, Melton** oder **Kammgarn**
kosten nur
19.- 23.- 25.- 31.- 34.- 38.- 45.-
10 Holstenstr. 10
Gehr. Vandsburger

Trinkt
Stamers Braunbier
das bekannte und beliebte Haus-
haltungsbier, überall zu haben
oder direkt durch Fernspr. 29 326

Jugendweihe
2 Bücher für das junge
Geschlecht, das aus dem
Dunkeln in das Helle
strebt
Zu beziehen durch die Buch-
handlung
„Lübecker Volksbote“
Johannisstraße 46

Irene Gerlach:
Jungkämpferinnen
Mädchenschicksale in Krieg
und Revolution
Halbleinen 8.50 Mark

Dr. Hodann:
Bub und Mädel
Gespräche unter Kameraden
über die Geschlechtsfrage.
Preis 2.80 Mk.

Palmsonntag

Für Jugendweihe und Konfirmation

empfehlen wir:

1a Torten

mit Aufschrift „Zur Konfirmation“
Stück RM. **3.-** und besser

Ferner:

Platenkuchen	1/4 Platen	3.00	1/2 Platen	1.50
Straußkuchen	1/4 Platen	3.50	1/2 Platen	1.75
Topfkuchen			Stück	2.00 1.00 0.50
Sandkränze			Stück	2.00
Frankfurter Kränze			Stück	3.00 1.00
Feinschmeckkuchen			Stück	0.60
Hefekränze, gefüllt			Stück	2.00 0.50
Dienestich			Stück	0.50
Schloßkuchen			Stück	2.00 1.00
Stollen (Klöben) sächsische Art			Stück von	2.00 an
1a Kleingebäck			Stück	10 7 1/2 5 5
Sahnebaiser, ungefüllt			Stück	5 5

Teegebäck 1.-
vorzüglich in Qualität RM.

Bestellungen werden rechtzeitig erbeten

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Um schnellstens zu räumen

Wir haben einen Teil des Weinlagers der Weingroßhand-
lung **H. J. Schultz** in Lübeck übernommen und bieten diese

bestgepflegten Weine

**Bordeaux, Burgunder,
Rhein- und Moselweine usw.**

im Ladenverkauf, auch einzelne Flaschen, zu Preisen an, die weit
unter Großpreisen liegen.

Hamburger Kaffeelager Thams & Garfs

Holstenstr. 1. Tel. 29 061. Breite Str. 58. Tel. 22 840
Bad Schwartau, Lübecker Straße. Tel. 27 270.

Zur Konfirmation

Reiche Auswahl in
**Nagelpflege-, Hamm-
u. Bürsten-Garnituren**
zu billigen Preisen
Bitte mein Schaufenster zu beachten!
Johannis-Drogerie
gegenüber dem Gewerkschaftshaus
Inh.: **Friedel Becker**
Lübeck, Johannisstr. 41. Fernruf 28 720

Ein Sonnenstrahl für Kranke

Kruse's Gesundheits-Tee

weil die Wirkung hervorragend ist und
9 wirksame Bestandteile Einfluß haben auf
Nerven, Nieren, Leber, Magen, Darm, Blase
(Gicht, Rheuma, Ischias, Adernverkalkung)
Ich selbst habe die volle Wirkung bei meinem
seit 15 Jahren bestehenden Leiden erfahren. Wie
viele Kuren hatte ich im Laufe der Jahre ohne
Erlolg durchgemacht.

Fritz Kruse

Lübeck, Schlüsselbuden 82
Preis einer Packung 2.00 RM und 1.00 RM
Viele Anerkennungen!

Heute Dienstag 9 Uhr

Fledermaus

Frühlingserwachen!

Stimmung! Humor!
Luftschlangenschlacht — Kugelregen
Nur noch wenige Tage der
phänomenale

März-Spielplan.

Eintritt 50 Pfg.

Kasino D. D. D.

4 Uhr: **Tanz-Tee**
die gute Tasse Kaffee
Morgen Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
Kabarett-Vorstellung
Kein Gedeck
Eintritt und Garderobe frei

Union-Lichtspiele

Engelsgrube 66 Lübecks Schmuckkästchen
Telephon 26 152

**Schwere Jungen,
leichte Mädchen!**

der heitere Zille-Film und
Toms gefährlichstes Abenteuer
mit **Tom Tyler**
Täglich 2 Vorstellungen um 5 u. 8 Uhr
Wochentags Eintrittspreise 60 u. 80 Pfg.

Luisenlust

Mittwoch Gr. Sanatranachen Eintritt u. Tanz frei

Pfeifentabak

in allen Preislagen.
C. Wittfoot
Ob. Huxstr. 19

St. Marien

**Goldene Konfir-
mation nicht Sonn-
tag nach Ostern, sondern**
2. Osterfest, 9⁰⁰ Uhr

Achtung!

Maurer
des Bezirks Schwart-
tau und Stoddersdorf

Verammlung

der bei Zimmermeistern
beschäftigten Maurer-
gehilfen am
Dienstag, d. 27. März,
abends 8 Uhr, im Gast-
hof Transvaal
Tagesordnung:
**Wahl eines Gesellen-
ausschusses.**
Der Altgenosse

**Verband der
Gemeinde- und
Staatsarbeiter**
Filiale Lübeck

**Mitglieder-
Versammlung**

Mittwoch, d. 28. März
abends 7 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen
Nupnau.
2. Bericht vom Orts-
ausschuß.
3. Verschiedenes.
Bücherkontrolle!
Der Vorstand

**Stadttheater
Lübeck**

Dienstag, 20 Uhr:
Martha (Oper)
Ende gegen 28.00 Uhr
Mittwoch, 20 Uhr:
Die verkaufte Braut
Komische Oper
Donnerstag, 20 Uhr:
Mädel von heute
(Stückspiel)
Freitag, 20 Uhr:
**Die gold'ne Mei-
kerin** (Operette)

Prima abgelag. Dung
frei Land z. vkf. Dasselbst
frühe Pflanzart, gegen
Futterart, od. Rüben z.
vertausch. Feldstr. 14. 4125

Hohe Belohn. sichere ich
demjenigen zu, d. nach-
weisen kann, wer a. Mont-
tag, d. 19. 3., morg. zwisch.
11-11 1/2 U. meinen Hund
angelockt hat, damit ich
den Täter gerichtl. bel. f.
H. Rinze, Siegelstr. 116

**Zigaretten
Zigarren**
C. Wittfoot
Ob. Huxstr. 18.

Robert Danneberg
Die politischen Par-
teien in Deutsch-
österreich . . . 0.50
Otto Bauer
Sozialdemokratie,
Religion und Kirche
1.40
Max Adler
Die Kulturbedeutung
des Sozialismus 0.40
Lassalle
Über Verfassungs-
wesen 0.35
Bruno Frei
Die roten Matrosen
von Cattaro . . . 2.50
Gustav Pollatschek
Das unfehlbare Rom
Habsburger 4.-
Legenden . . . 4.-
**Buchhandlung
Lübecker
Volksbote**

Spirituosen-Viertelg.
Tafel-Kümmel Fl. 1.95
Weinbrand-Verschnitt
Fl. 2.40 u. 2.75
Jamaika-Rum-Verschn.
Fl. 2.40 u. 2.75
Tarragona
rot, Flasche 0.85
Tarragona wh. . . Fl. 1.25
Malaga Fl. 1.50
Moscatel Fl. 1.65
Große Auswahl in
Siforen Fl. 3.80
Süßer Bowlenwein
Domain San Juan Fl. 1.25
Oberhardter . . . Fl. 1.50
Roter Grogwein Fl. 0.95
Roter Tafelwein Fl. 1.30
Apfelwein Fl. 0.50
Himbeerjaff . 1/2 Fl. 0.75
Eduard Speck
Hügelstraße 80/84 4154

Köhler
Fahrräder
Ing. M. 10 b. 15
Abzahlung
wöchentlich M.
3 Jahre Fabrikgarantie
Schmidt,
Marlesgrube 1

**Sommer-
sprossen**
auch in den hartnäch-
tigen Fällen werden in
einigen Tagen
unter Garantie
d. das echte unschädliche
Leintverleimungsmittel
„Venus“, Stärke
B (geleglich geschütt)
beseitigt.
Keine Schädlur.
Preis 2.75 RM
Nur zu haben bei:
Aug. Prösch, Mühlenstr. 29
Drogerie

Junker & Ruh
Gaskocher
die führende Marke
Zahlungserleichterung auf Wunsch!
Heinr. Pagels
Lübeck
Das Haus für Gas, Wasser, Licht

**Das
Pflanzengewinn**
Historische Denkmale
Kirchlichen Fanatismus
nach Corbin
Droschiert 1.50 / Gebunden 2.25
Bücherverlag
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Gesellschaftsspiele
in großer Auswahl
Buchhandlung
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Dauerwäsche
beste Wäsche d. Gegenwart!
Elegant, dauerhaft!
Tadellose Formen, weiß- u. buntfarbig
Kragen
Vorhemden
Manschetten
Konfirmanden - Wäsche
Krawatten
empfehlen preiswert und gut
Wessels Gummi-Spez.-Geschäft
Breite Straße 58a

Obstbäume
in allen Formen von RM 1.50 an

Heckenpflanzen
Vierbäume und -sträucher
Schlingpflanzen
Rosen, Hochstamm u. Busch
Blumen, Stauden
Dahlienknollen, Gladiolen-
knollen, Gemüse-, Blumen-
und Rasensamen
in la. Qualität empfehlen billigst
H. F. Vollert
Ratzeburger Allee 27
Straßenbahnlinie I, Haltestelle Weißer Engel
Fernsprecher 28 658

Teppiche Läufer-, Divan-
u. Steppdecken
ohne Anzahlung in
10 Monatsraten liefern
Agon & Glid, Frankfurt a. M.-A. 44
Größtes Teppichversand-
Haus Deutschlands.
Schreiben Sie sofort!

Der Haushaltsplan vor der Bürgerschaft

Ein großer Tag und kleine Leute / Kalkbrenners bedenkliche Finanzpolitik / Eine große Rede des Gen. Bieth
Klätliches Versagen des H. W. B. / „Wir haben keine Männer“ / Wahl eines neuen Schriftführers

Lübeck, 26. März.

Gester Tag der Etatsberatung! Das ist ein großer Tag in allen Parlamenten. War es auch früher in der Lübecker Bürgerschaft. Da entwickelten die Parteien ihr grundsätzliches Arbeitsprogramm, um von höherer Warte aus Stellung zu nehmen zu den brennenden Fragen, die im kommenden Etatsjahr zu lösen sind.

Noch vor zwei Jahren konnte man auch in Lübeck interessante Debatten an solchen Tagen hören. Gestern war es zum Sterben langweilig. Es wurde überhaupt nur eine Rede gehalten — von unserem Gen. Bieth. Was von bürgerlicher Seite kam, war hilfloses Gestammel. Die Lübecker Bürgerschaft ist auf ein Niveau herabgesunken... Man schämt sich für seine Gegner.

Was zur Einleitung der Beratung Senator Kalkbrenner vortrug, war wenigstens sachlich nicht ohne Interesse — aber es war wie immer, keine Rede, sondern eine Vorlesung, bis zum kleinsten Bindewort im stillen Kämmerlein sorgfältig flüsternd. Um so bemerkenswerter, mit welcher Schärfe sie sich gegen den H. W. B. und die berufenen und unberufenen „Wirtschaftsköpfe“ Lübecks richtete. Die Lübecker Wirtschaft ist nicht nur, jedenfalls nicht annähernd in dem Maße, wie die gewerbsmäßigen Schreier es glauben machen wollen; er bewies das mit sehr eindeutigen Ziffern: Verdoppelung des Ertrages der Gewerbesteuer ohne Steuererhöhung; wesentliche Steigerung des Einkommensteuerertrages trotz Herabsetzung der Steuersätze.

Und die so viel geschmähten Lübecker Steuern sind — so sagt Kalkbrenner — nicht höher als anderswo. Er sagte nur die halbe Wahrheit. In Wahrheit sind sie viel niedriger, sie sind — mit Ausnahme Bremens — die niedrigsten im ganzen Reich.

Wir werden, da heute abend schon die neuen Steuervorlagen zur Beratung kommen, Gelegenheit haben, näher darauf einzugehen. Wir müssen aber jetzt schon bemerken: Die Rede Kalkbrenners steht im Widerspruch mit seinen Taten und auch wir fangen an, seiner Finanzgebearbeit gegenüber sehr mißtrauisch zu werden, wenn auch aus wesentlich andern Motiven als seine Parteifreunde. Man bedenke nur einen Augenblick folgendes: Die Lübecker Industrie ist nach des Herrn Senators eigenen Worten durchaus tragfähig; sie ist sehr, sehr schonend mit Steuern belastet; 13 Millionen Staatskredite sind ihr im Laufe der Zeit zugesprochen; — und nun heißt's Deckung für den Bedarf der Beamtenbesoldung zu schaffen. Man braucht ca. 2,6 Millionen dafür und der Herr Finanzsenator legt uns eine Deckungsvorlage vor, die aus der Belastung von Handel und Industrie ganze 500 000 RM. herausholen will, aus Massensteuern 260 000 und eine Million aus den Tarifen. Dabei bleibt nahezu eine Million ungedeckt. Das ist keine gesunde Finanzpolitik.

Und doppelt mißtrauisch macht uns, daß diese Vorlage in einem Augenblick präsentiert wird, der es der Bürgerschaft nahezu unmöglich macht, wesentliches zu ändern. Das war nicht Notwendigkeit, sondern bewußte Geheimnisträuerei. Wir warnen den Herrn Finanzsenator eindringlich, auf diesem Wege fortzufahren.

Wesentliches zu diesem Punkt sagte gestern schon Genosse Bieth. Er rügte scharf die verpatete Vorlage des Haushaltsplans, die der Bürgerschaft eine gründliche Nachprüfung unmöglich macht und er legte mit der Offenheit, die nur der verantwortungsbewußte Politiker ausstrahlt, den Finger auf die Wunde, die vom H. W. B. mit dem Aufgebot seiner ganzen Macht geforderte Erhöhung der städtischen Tarife, die einzige Forderung, auf die diese Partei bisher überhaupt Nachdruck gelegt hat.

Aber er erschöpfte sich nicht in rein wirtschaftlichen Dingen. Er zog mit großer Sicherheit die politische Linie von der Finanzpolitik des Herrn Köhler und den Taten des Bürgerblocks zu den Vorgängen in Lübeck. Schlag auf Schlag laufe herab auf die immer trauriger hängenden Hanseatenköpfe. Ein Hausen Unglück sah nur noch auf der Rechten; eine zusammengekauerte, in sich uneinige Gesellschaft. Das sind die „Erfolge“, die mit der schuftigen Heße im November 1926 begannen, damals als Kalkbrenner und die andern Wirtschaftsköpfe noch im trauten Verein auf die Sozialdemokratie loszogen.

Nach ihm sprachen noch Noß für die Kommunisten, Stundenlang — Kommunisten brauchen sich ja an keine Redezeit zu halten — und Heinrich für die Arbeitgemeinschaft. Beide Reden waren sachlich belanglos; Noß gelang es wenigstens mit freiwilligen und unfreiwilligen Späßen die Zeit zu verkürzen. Heinrich erschöpfte sich vollends in Kleinigkeiten.

Ah — nun haben wir Herrn Boie ganz vergessen, den „Sprecher der größten Fraktion“. Aber was soll man auch von dessen Rede berichten? Nicht ein Gedanke; nicht ein auch nur wirtschaftlicher Gesichtspunkt! Von politischen gar nicht zu reden. So jämmerlich ist noch nie eine große Partei in der Bürgerschaft vertreten worden. Nun wird einem manches klar. — Dieser Herr ist ja nicht nur Fraktionsführer des H. W. B., er ist ja auch Präses der Handelskammer. Armer Lübecker Handel!

Wie gesagt, es war nicht sehr interessant. Nur ein paar Zwischenrufe hoben die Stimmung. Von dem Witternjünger Schäffer wollen wir nicht viel reden; der machte so dumme Bemerkungen, daß er sich selbst hinterher deshalb de- und wehmütig entschuldigen mußte. Ihm sei vergeben; denn er wußte nicht... Aber einen Spaß gab's doch: Als Boie schädeln versuchte, an der Lübecker Finanzpolitik Kritik zu üben, rief man ihm von links zu: „Halten Sie sich an Kalkbrenner. Das ist Ihr Mann!“ Worauf er, fittlich ent-

rüftet: „Wir haben überhaupt keine Männer.“ — Sturmischer Beifall links! Das war ein unbewußtes Geständnis.

*

Vor der Etatsberatung mußte noch ein Erfahmann für den Syndikus der Bürgerschaft, Herrn Dr. Bruns, der am 1. Mai in den Ruhestand tritt, gewählt werden. Die Hanseaten stimmten für Herrn Oberinspektor Uter, die gesamte Linke für Inspektor Heinrich, der selbstverständlich nunmehr aus der Bürgerschaft ausscheiden wird. Ob er nun auch Syndikus heißen wird, oder nur Schriftführer oder gar Direktor ist ein hartes Problem, über das schon viel Tinte geflossen ist. Wir halten es für recht gleichgültig.

*

Der Verhandlungsbericht Geschäftliche Mitteilungen

Wie der Vorsitzende Eilers mitteilt, empfiehlt der Eingabenausschuß den Antrag der Siedlung Dornbreite auf Errichtung einer Badeanstalt im Stadtpark Kämpelsdorf dem Senat als Material zu überweisen. — Die Eingabe der Jagdgemeinde Nüsse auf Wiederherstellung ihrer alten Jagdgrundfläche wird auf Antrag Wirth (H. W.) nochmals dem Eingabenausschuß überwiesen. — Die Eingabe des Gem. Vereins Alldorf u. Umg. wegen Erzielung einer zweiten Apotheke und Einführung des Tag- und Nachfahrbetriebes nach Schluß wird dem Senat zur Erwägung überwiesen. — Auf Antrag des Vektors aus Schlußes wird die Immunität von Dr. Haun aufgehoben, diejenige von Knapp wegen Beleidigung eines Ingenieurs von Thiel u. Söhne aber aufrechterhalten. — Zum Schriftführer der Bürgerschaft wird an Stelle des in den Ruhestand tretenden Syndikus Dr. Bruns Polizeifassungsverwalter Max Heinrich mit 38 von 73 Stimmen gewählt. Auf Oberinspektor Uter entfielen 35 Stimmen.

Der Senat teilt mit, daß die Unternehmungen im Industriegebiet es einstimmig abgelehnt haben, zu den Unkosten der Herstellung von Straßen und Siebanten etwas beizutragen. Die schwierige Lage der Industrie gestatte dies nicht.

Generaldebatte über den Haushaltsplan Senator Kalkbrenner

verweist darauf, daß auch dieser Haushaltsplan im Zeichen der Not stehe. 37,2 Millionen RM. Ausgaben stehen nur 35 Millionen RM. Einnahmen gegenüber. Zu berücksichtigen ist dabei, daß für die Ausgabe der Beamtenbesoldungsreform im Betrage von 2 370 000 RM. keine volle Deckung vorhanden ist und somit eine Summe von 610 000 RM. ungedeckt bleibt. Obwohl die einzelnen Behörden ihre Voranschläge mit großer Sparsamkeit aufgestellt haben, nahm die Finanzbehörde noch Abstriche im Gesamtbeitrage von 1,7 Millionen vor, und der Haushaltsauschuß der Bürgerschaft hat mit einer Gründlichkeit, die den Dank der Mitbürger verdient, den Haushaltsplan durchleuchtet. Wesentliche Änderungen sind ihm nicht mehr gelungen. Bei den Abstrichen für sachliche Ausgaben gibt es eine Grenze, und bei den persönlichen, die mehr als ein Drittel aller Ausgaben betragen, stehen gesetzliche Bindungen entgegen. Wir wollen auch keinen Abbau rüstiger Beamten, sondern einen natürlichen, d. h. freiwerdende Stellen sollen nur im äußersten Falle wieder besetzt werden. Bei der Polizei werden 25, bei der Feuerweh 5 zunächst nicht wieder besetzt. Dadurch werden bereits 85 000 RM. gespart. Durch Zusammenlegung der Behörden werden nennenswerte Ersparnisse nicht erzielt werden.

Entscheidende Ersparnisse sind nur durch Beschränkung des Aufgabekreises der Behörden und allmähliche Herabsetzung der Beamtenzahl zu erzielen.

In diesem Bestreben müssen auch die freien Bürger in den Behörden und die Beamten selbst mitwirken. Das sind letztere schon den Steuerzahlern gegenüber, die die Kosten aufzubringen haben, schuldig. Der Bürger wiederum darf nicht bei jeder Gelegenheit nach dem Staate rufen, denn dies erfordert immer wieder Beamte und Kosten. Die Beamtenbesoldung kann nicht in Kraft treten, ehe nicht völlige Klarheit über die Kostendeckung herrscht.

Wenn auch die neuen Steuern

nicht freundlich aufgenommen werden, so sind sie doch tragbar und durchschnittlich nicht höher als in anderen Städten. Der Verwaltungsrat der Städtischen Betriebe wird die Erhöhung der Tarife so vornehmen, daß die Allgemeinheit nicht allzu sehr belastet wird. Der Redner kam dann auf die bürgerliche Kundgebung gegen die Steuerbelastung zu sprechen und betonte, es sei verfehlt, Hoffnungen zu erwecken, die nicht erfüllt werden könnten. Das Gleichgewicht in Einnahmen und Ausgaben im Staatshaushalt könne nicht durch eine Volksversammlung hergestellt werden. Auch im kommenden Jahre werde alles zur

Förderung der Wirtschaft
geschesehen. Die dafür im Haushaltsplan eingestellten Mittel seien beträchtlich. So wie im Vorjahr 3 Millionen für den Wohnungsbau, Beschaffung von ersten Hypotheken, wodurch die Wirtschaft belebt werde. Die Zuschüsse an die Fluglinien seien im vorigen Jahre nur zur Hälfte in Anspruch genommen worden. Sie hätten gute Früchte getragen. In diesem Jahre wurden Fluglinien unterhalten: Lübeck-Riel-Hensburg-Westerland, Dresden-Berlin-Lübeck-Kopenhagen-Malmö, Köln-Essen-Bremen-Hamburg-Lübeck-Kopenhagen, Essen-Hamburg-Lübeck, Lübeck-Kalmar-Stockholm mit Anschluß nach Helsingfors. So habe Lübeck einen regelmäßigen Flugverkehr mit den wirtschaftlichen Zentren Deutschlands und den fremden Ländern, mit denen Lübeck seit Jahrhunderten in Handelsbeziehungen stehe. Die Zahl der Fluggäste sei

weniger von Bedeutung als die guten Verkehrsverhältnisse, die Voraussetzung für das Vorwärtkommen einer Handelsstadt seien. Der Güterumschlag Lübecks sei im vorigen Jahre auf 85 Prozent des Vorkriegsstandes angewachsen, die Lübeck-Linie ziehe weitere beträchtliche Gütermengen über Lübeck. Die Stadt, Betriebe eröffneten am 27. März eine neue Autokurslinie nach Utecht, die Bahn Schwartau-Hafflug werde noch in diesem Jahre bis Neustadt durchgeführt und dadurch ein Plan vollendet, der bereits 22 Jahre gefördert werde.

Der Lübecker Staat habe seit der Stabilisierung der Mark der privaten Wirtschaft 13 Millionen Mark Kredite zugeführt. (Hört, hört! links.)

Man klage über den Notstand der Wirtschaft. Gewiß gehe es manchen Teilen nicht gut — insbesondere der Landwirtschaft. In der Hauptsache leide jedoch ein Teil des Handwerks, des Handels und der Industrie, weil sich die Konkurrenzbedingungen und die Konzentrationbewegung gegen früher gänzlich verändert hätten. Die Gesamtlage der Lübecker Wirtschaft sei aber keineswegs bedrohlich. Das ergebe sich auch aus der mutmaßlichen Einnahme der Gewerbesteuer, die 1928 etwa 1 250 000 RM. gegen 812 000 im Jahre 1926 erbringe. Auch die Lage der Lübecker Bevölkerung habe sich trotz der Notstände, unter denen viele zu leiden hätten, gebessert. Der Anteil Lübecks an der Einkommensteuer betrug 1926 4 376 000 RM., 1928: 6 325 000 RM. Ein Steigerung um 45 Prozent muß ödem Pessimismus den Boden entziehen.

Die Zusammenarbeit Lübecks mit Hamburg
beginnt bereits Früchte zu tragen. So beim Flugplatz und den Fluglinien, die Verhandlungen in der Krankenfürsorge stehen vor dem Abschluß. In der Umgestaltung der staatsrechtlichen Grundlagen zwischen Reich und Ländern müßten sich alle Parteien zusammenfinden. Wir wollen ein solches Maß von Bewegungsfreiheit behalten, daß wir unsere Aufgabe in der Volkswirtschaft weiter erfüllen, den Hafen weiter selbstständig verwalten und ausbauen können. Wenn sich alle positiven Kräfte, gesetzgebenden Körperschaften und die Bevölkerung zusammenfinden, wird Lübeck auch unter veränderten Verhältnissen in Zukunft im Leben des deutschen Volkes führen.

Boie (Hanseatischer Volksbund)

spricht über den Fehlbetrag von 3 Millionen Mark und bemängelt, daß man das Versprechen, von der erhöhten Mietsteuer einen Teil für die Beamtenbesoldung zurückzustellen, nicht gehalten habe. Es sei auch nicht richtig, immer wieder einen Teil des Arbeitsertrages durch Steuern abzunehmen. Eine eigentliche Kriegsbelastung habe Lübeck außer den 3 Millionen für das Wohlfahrtsamt und die 2 Millionen für Wohnungsbau nicht zu tragen. Andere Erhöhungen könnten zu der Begründung von Kriegsschulden nicht herhalten. Ungehener angewachsen sei die Beamtenzahl; sie habe 1927: 2547 betragen, sei also um 94 gegen früher angewachsen. Eine Besserung auf dem Gebiete des Abbaues sei in den nächsten Jahren kaum zu erhoffen. Die sozialpolitischen Lasten müßten bewilligt werden. Auf Anleihen dürfe man nicht zu sehr bauen, da sie zu neuen Zinsenlasten führten. Notwendig sei, daß die den Behörden vorstehenden Senatsmitglieder alle Zweige kennen und Sparsamnahmen treffen, ebenso wie die Industrie es tue. (Zuruf links: Sie werfen die Leute einfach auf die Straße! — Dr. Leber: Reden Sie doch mit Senator Kalkbrenner, das ist Ihr Mann!) Wir haben gar keine Leute; Sie haben die Mehrheit im Senat und tragen zum größten Teil die Verantwortung. Die Position über die Schuldenannahmen bewillige keine Fraktion nur unter der Bedingung, daß ein Gesetz geschaffen werde, das eine bessere Einfaltsetzung vorsehe. Die Mittel für das Stadttheater würden sie bei Ueber-schreitung der Summe im nächsten Jahre ablehnen. Ein Privattheater würde billiger arbeiten. Die Grund- und Aufwertungssteuer müsse sehr bald nach dem Ertrage erhoben werden. Den Wunsch, daß die Landwirtschaft gestützt werde, unterbreite seine Fraktion. Der Beamtenabbau liege im Interesse der Beamten selbst, bei einer Ueberzahl könnten sie kein größeres Entgelt erwarten. Die Protestversammlungen gingen ihm gar nichts an.

Genosse Dr. Bieth

geht mit kurzen Strichen auf die politische Verhältnisse im Reich ein. Von nachhaltigem Interesse sind — so betonte der Redner — die Bestrebungen, die auf die Stärkung der Einheit des Reiches gerichtet sind. Die Stellung der Sozialdemokratie hierzu ist bekannt. So unbefriedigend das Ergebnis der Länderkonferenz auch war, so bedeutungsvoll ist, daß diese Frage im vergangenen Jahre zum erstenmal zur Diskussion gestellt war. In der Frage der Vereinigung der Entlasten und Eglaven haben Sachsen und Thüringen durch die Tat gezeigt, daß diese Vereinigung möglich ist. Mögen andere Länder folgen. Wer aber mit dem buntschwedigen Plunder der Landkarte, der durch den größtenwahnsinnigen Betrieb der Fürsten und Herzöge entstanden ist, Schluß machen will, der stößt auf den Widerstand derjenigen Kreise, die sich deutschnational nennen. Unter einem ganz anderen Gesichtspunkt hat kürzlich Ihr (nach rechts) Freund von der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Quack, im Haushaltsauschuß des Reichstages eine Rede gegen die Selbstständigkeit der Hansestädte gehalten. Wir wollen Ihnen die Sorge überlassen, wie Sie dieses Ruderk sei ausdrücken wollen.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß in der Etatsdebatte in der Hamburger Bürgerschaft die Verhandlungen über gemeinsam zu lösende Fragen der Schwesterstädte

von der größten Fraktion, der sozialdemokratischen, freudig begrüßt wurden. Wir erwarten vom Senat, daß er diese Bestrebungen fördert. Eine Interessengemeinschaft besteht bereits im Flug- und Bäckereiwesen. Die Hamburger Landesherrnschaften haben sich schon vor Jahresfrist der Lübecker Bäckereiberatung angeschlossen. Auch die Fragen der Seilankstalten und des Gefängniswesens haben erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Weitere Gebiete werden ohne Zweifel gemeinsame Schritte ermöglichen, die im Interesse einer gro-

zügigen Planwirtschaft und zwischenstaatlichen Verwaltungsreform liegen.

Die Reichsregierung.

In der die Deutschnationalen die erste Geige spielen, hat so gründlich abgewirtschaftet, daß sie auch ohne den Phosphor und die seine Dreiprüfer bis auf die Lübecker Privatwirtschaft schleuderte, ein vorzeitiges Ende findet. Der reaktionäre Reichsschulgesetzentwurf, den auch Lübecks Senat auf Antrag unserer Fraktion bekämpft hat, gab ihr den Todesstoß. Um das Flasko zu verdecken, inszenierten die Deutschnationalen eine schamlose Landhundejagd. Die Führer des Landbundes schreien nicht davor zurück, zum Steuerstreik und zu Gesamtkonflikten aufzufordern. (Hent! Ist nicht wahr!) Ihr Minister Schiele, der die Gefrierfleischinfuhr zum Schaden der Rinderheimat sperrte, hat für die Agrarier ein Votiprogramm aufgestellt, das bei aller Würdigung unbedingter Ernattergebnisse schürstes Mißtrauen hervorruft. Die auf die Reichstagswahl hingelenden Wachsenchaften haben auch vor Lübecks Grenzen nicht haltgemacht und griffen in der Steuerfrage auch auf gewerbliche Kreise über. Sie fanden kein Wort der Entgegnung auf die Ausführungen des Herrn Senators Dr. Kalkbrenner und saßen wie begoffene Pudel da.

Unsere Landessteuern

sind immer noch niedriger oder stehen auf dem Mittel zu vorzuziehenden Städten. Dies ist um so bezeichnender, wenn gewisse inerezierte Kreise am lauteften gegen angebliche Ueberhöhung der Steuern agitieren. Der Senat hat in seinem Antrag, der dem Ausgleich des Haushaltsplans dienen soll, angelehnt die Erhöhung der Beamtenbesoldung eine Reihe von Steuererhöhungen unterbreitet. Wir begrüßen die Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer. Auch die übrigen direkten Steuern lassen sich vermeiden. Führende Vertreter des Hansatischen Volksbundes haben schon im voraus ihre Zustimmung zu den vorgelegten Steuern strikte davon abhängig gemacht, daß der Rest der Mehrkosten von der Allgemeinheit getragen wird und zwar im wesentlichen durch Erhöhung der Tarife der Städtischen Betriebe. Das stellt sich ausdrücklich fest. Es steht zu erwarten, daß durch eine Umschlagsteuer ein erheblicher Teil der Mittel aufgebracht werden kann. Für die Tarifierhöhungen fällt dem H.W. die Verantwortung zu. Wenn sie nicht zu umgehen sind, so kann u. E. nur eine solche für den Wasserpreis und einmäßiger Aufschlag für den Gasverbrauch in Frage kommen.

Die Beamtenbesoldung

ist mit Rückwirkung vom 1. Oktober in Aussicht genommen. Die gezahlten Zuschüsse decken einen Teil für das verlossene Halbjahr. Es verbleiben aber noch 800 000 RM. Fehlbetrag. Die vor dem Abschluß stehende Beamtenbesoldungsreform bringt im Gegensatz zu der unsozialen Regelung im Reich den unteren Gruppen wesentlich höhere Zuschläge: Gruppe 1 bis 7: 28 bis 30 Proz. Der Ruf nach sparsamerer Verwaltung ist allgemein. Wie stimmt das aber überein mit dem Antrag Ihrer (nach rechts) Freunde in der Reichsregierung nach starker Erhöhung der Repräsentationsgelder der Minister und leitenden politischen Beamten? Der Lübecker Senat hat diese Ausgaben herabgesetzt. Wir erwarten von der Umbildung der Reichsregierung nicht nur eine die breiten Massen entlastende Steuerpolitik, sondern auch eine Reform des Verwaltungsapparates.

Auch in unserem Lande muß alles geschehen, was zur

Berbildigung der Verwaltung

beitragen kann. Deshalb haben wir für die Beratungen eine zeitliche Begrenzung vorgesehen. Wir verlangen die Beseitigung alles bürokratischen Leerlaufes. Die neue Zeit mit ihren fortschrittlichen Schulmethoden, sozialen Aufgaben, neuartigem Fortschritt und neuen Bildungsproblemen bedingt neue Ausgangspunkte des Betrachters. Wir verwerfen den schematischen Personalaufbau von Beamten, Angestellten und Arbeitern, ein Verfahren, mit dem die Industrie bei der Rationalisierung die Leute rücksichtslos auf die Straße wirft. Wir fordern die Einsparung durch natürlichen Abgang derjenigen Stellen, die durch die Planwirtschaft überflüssig geworden sind. Wir lehnen auch die durchsichtigen Versuche ab, den Senat durch politische nicht verantwortliche leitende Beamte zu ersetzen.

Die wilde Protestversammlung der Gewerbetreibenden

ist kein Ruhmesblatt. Sie richtete ihre Spitze gleichzeitig gegen die Politik des H.W., der für die neuen Steuererhöhungen im vollen Maße die Mitverantwortung trägt. Die durchsichtige Politik gegen den H.W. und seinen Finanzsenator ist die unausbleibliche Folge Ihrer Wahl-agitation zur Bürgerschaft. Auch an der Komit fehlt es dabei nicht. Wir sehen das bei der letzten Abstimmung über die Anschaffung eines Raupenschleppers. Die Handelskammer hatte ihn dringend gefordert, der zuständige Ausschuß der Bürgerschaft hatte ihn einstimmig empfohlen. Dann kam die bekannte Versammlung, vor der der H.W. Kotau machte. Und so etwas nennen Sie zielbewußte Vertretung der Wirtschaft und Schiffahrt!

In der hiesigen Volkspartei sprach kürzlich ein Hamburger Referent, der nach Ihrer Presse lebhaften Beifall fand. Dabei hat dieser hervorragende Vertreter genau das Gegenteil erzählt von dem, was Ihr Führer v. Kardorff sagte, nämlich, daß durch unpolitische Wirtschaftsfaktionen keine Erfolge für die Wirtschaft zu erzielen seien. Durch das Zusammengehen der Volkspartei mit Deutschnationalen und Wölfischen ernten Sie jetzt die Früchte dieses Rückfalls von klarer, positiver politischer Weltanschauung in die Spießeranschauung des Vaterstädtischen Vereins. Und nun holen Ihre unzufriedenen Wähler zum Stoß gegen Ihre Hansatenpolitik aus. Wenn Sie glauben, Sie könnten Ihre mitgenommene politische Reputation, die durch das Ausscheiden manches angeblichen Wirtschaftstopfes nicht gewonnen hat, durch verfassungswidrige Anträge oder durch Abjagen der Sozialdemokratie zuteilender Deputiertenliste wiedergewinnen, so mußten Sie sich von der Unzulänglichkeit solcher Mittel bald überzeugen.

Wir haben ernste Einwendungen gegen die späte Zustellung des Haushaltsplanes zu erheben und erwarten in Zukunft eine Aenderung in dieser Hinsicht. Die einzelnen Behörden müssen der Finanzbehörde den Haushaltsplan im Oktober oder November einreichen. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß

der neue Haushaltsplan einen Schritt weiter zur Balcancierung des Etats bedeutet.

Dies ist um so erfreulicher, als wir in Lübeck eine Teilung in eine ordentlichen und außerordentlichen Etat nicht kennen. Der Finanzsenator hat Ihnen (nach rechts) einige bittere Wahrheiten gesagt. Ihr Schweigen darauf ist bezeichnend. Was

hätten Sie getan, wenn das ein sozialdemokratischer Senator gesagt hätte?

Mit Genugtuung sehen wir, daß unserer Forderung auf bessere technische Ausgestaltung auch der Volks- und Mittelschulen Rechnung getragen wird. Mit den bereitgestellten Mitteln für Schulbauten sind wir nicht zufrieden. Die dringenden Aufgaben, die uns aus den Sünden der Vorkriegs- und Kriegszeit erwachsen sind, können nicht erfüllt werden. Ich habe dies im einzelnen kürzlich hier dargelegt. Wir stellen daher den Antrag:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat

1. der Bürgerschaft einen Generalplan für die z. Zt. dringend notwendigen Schulbauten, insbesondere für Volksschulen, vorzulegen;
2. die mit der Ausführung der notwendigen Schulbauten verbundenen Kosten aus Anleihenmitteln, die aus dem Schulbaufonds zu tilgen sind, zu bestreiten.

Hier harri noch eine große kulturelle Frage der baldigen Lösung. Zur Schulgeldfrage verlangen wir, daß die grundsätzliche Staffellung des Schulgeldes beibehalten bleibt und daß die Härten verschwinden. Weitere Anträge behalten wir uns für die Einzelberatung vor. (Bravo! bei den Soz.)

Rosß (Komm.)

wendet sich gegen die beabsichtigte Erhöhung der Tarife. Allerdings seien die Kommunisten nicht verpflichtet, hier andere Vorschläge zu machen. Die heutige Wirtschaftslage könne nicht von Dauer sein und einmal würden auch die Anleihen aufhören. Woher die Mittel kommen sollen, habe noch niemand verraten. Eine Besserstellung der Lübecker Finanzen sei angesichts der Lage der Industrie hier nicht zu erwarten. Seine Fraktion werde daher eine Reihe von Abträgen beantragen, angefangen beim Senat und der Bürgerschaft. Der Redner verwahrt sich hierbei gegen unbedachte Vorwürfe gegen die Kommunisten in bezug

auf die Länge der Reden und die Zwischenrufe. Wenn sie die Mehrheit hätten und Klann Wortführer der Bürgerschaft sei, dann würde die Minderheit noch ganz andere Mittel anwenden. Die Kommunisten aber lehnten Terror ab. Der Redner fordert als weitere Sparmaßnahmen die Aufhebung der Lübecker Gefangenschaft in Berlin, wendet sich gegen die unnötige Titelverleihung und die Subventionen an die Flugzeugschafften. Wohl seien die Flugzeuge ein Verkehrsmittel der Zukunft, aber die Kosten müßten von der Wirtschaft getragen werden. Den Wohnungsbau müsse der Staat selbst in die Hand nehmen, um dem größten Uebel entgegenzutreten. Seine Fraktion lehne fern den Zuschuß zum Stadttheater ab, das überdies dem Volksganzen nicht diene. Die Einsätze für Staatsgüter seien viel zu niedrig. Der Pächter für das Gut Stadthagen bezahle an das Heilig-Geist-Hospital für 850 Morgen 5400 RM. Wacht, fordere aber für die vorzeitige Abtretung eines Stiebtels 80 000 RM. Entschädigung. Bei der Kritisierung einzelner Staatsposten verurteilt der Redner die sich jedes Jahr wiederholenden unbedingten Verträge der Einziehung von Kirchensteuern bei Distrikten. Der Polizeetat von 8 Millionen sei viel zu hoch und mache das Vierfache des weiterverwiegten Landes Mecklenburg-Strelitz mit annähernd gleicher Einwohnerzahl aus. Ueberflüssig seien die Ausgaben von 17 000 RM. für Munition und Waffen, sowie die vielen Polizeioffiziere. Bei Streiks gingen gerade diese provozierend vor.

Heinrich (Arbg.)

tritt vor allem für eine Beschränkung der Ausgaben, insbesondere der Personalkosten ein, obwohl letztere pro Kopf der Bevölkerung niedriger seien als in anderen Ländern. Eine weitere wesentliche steuerliche Belastung könne die Bevölkerung, insbesondere der Handwerker- und Gewerbebestand, nicht mehr ertragen. Zur Erhaltung dieses Standes müßten die Ausführungen von Arbeiten durch den Staat eingeschränkt werden. Unverhältnismäßig groß seien die Porto-Ausgaben. Von der Schulgebühre müßten die Härten genommen werden. Besondere Anträge werde er bei den Einzelberatungen vorbringen.

Am 9.20 Uhr ist die Rednerliste erschöpft. Der Wortführer Ehlers schlägt Vertagung auf Dienstag vor. Es sollen die Steuererträge zuerst beraten werden.



Landesarbeitsamt Nordmark

Der Reichspräsident hat den bisherigen Geschäftsführer und stellvertretenden Vorsitzenden des früheren hamburgischen Landesarbeitsamtes für Arbeitsvermittlung Heinrich Bachhaus zum ständigen Stellvertreter des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Nordmark ernannt. Herr Bachhaus ist gleichzeitig zum Oberregierungsrat befördert worden. Die obersten Landesbehörden haben als Vertreter der öffentlichen Körperschaften für den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes Nordmark folgende Personen bestellt: Preußen: (vier Beisitzer) Regierungsdirektor Ungerag-Schleswig, Landesrat Schmitt-Riel, Stadtrat Gref-Riel, Landrat Dr. Kracht-Heide, Hamburg: (drei Beisitzer) Senator Dr. Mathias-Hamburg, Senator Neumann-Hamburg, Staatsrat Dr. Lohse-Hamburg, Mecklenburg-Schwerin: (zwei Beisitzer) Ministerialrat Dr. Lohndanz-Schwerin, Amtshauptmann Brindmann-Wismar. Lübeck: (ein Beisitzer) Oberregierungsrat Puhlschneider-Lübeck. — Preußen: (drei Stellvertreter) Regierungsrat und Baurat Schäfer-Schleswig, Gemeindevorsteher Rüh-Miana-Stellingen, Bürgermeister Köhde-Hehde, Hamburg: (zwei Stellvertreter) Oberregierungsrat Dr. Biensfeld-Hamburg, Ratmann Meißner-Schmidt-Hamburg, Mecklenburg-Schwerin: (zwei Stellvertreter) Ministerialrat Dr. Jech-Schwerin, Stadtrat Moltmann-Schwerin. Lübeck: (ein Stellvertreter) Oberregierungsrat Dr. Stord-Lübeck, Oldenburg: (ein Stellvertreter) Regierungsrat Ott-Gutin, Mecklenburg-Strelitz: (ein Stellvertreter) Landrat Rahmacher-Schönberg.

Naturfreunde-Bezirkskonferenz für Mecklenburg-Lübeck

Die Bezirkskonferenz des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde“, Bezirk Mecklenburg-Lübeck, fand am 25. März in Schwerin statt. Im Namen des Bezirksvorstandes begrüßte Freund Lehner Bernitt-Kostod, im Namen des Gauvorstandes Nordmark Freund Simonis-Hamburg die Delegierten der Ortsvereine. Nachdem der in den Höfen Tauern verunglückten 13 Wiener Naturfreunde gedacht worden war, gab Freund Bernitt den umfangreichen Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Naturfreundebewegung des Bezirks im Berichtsjahre ein Stück vorwärts gekommen ist. Eine große Zahl von Zusammenkünften und Wanderungen hat stattgefunden, an den Ferienheimen wurde wiederum viel Arbeit geleistet. Der Schriftwechsel der Bezirksleitung war sehr reg, das Verhältnis zur Arbeiterpresse erfreulich gut. Der Mittelüberstand war am Schlusse des Jahres um 25 höher als an dessen Beginn.

Die Tätigkeit der Bezirksleitung wurde von der Konferenz gutgeheißen, in den Bezirksvorstand als Vorsitzender Freund Bernitt wieder- und die Freunde Lehner und Loh-Kostod als Beisitzer hinzugewählt. Außer den Gau-Sonderjahren nach Zürich und nach der Sächsischen Schweiz ist eine nur für Jugendliche berechnete Fahrt des Ortsvereins Lübeck nach dem Elbsandsteingebirge geplant. Das diesjährige Bezirksfest soll am 7. und 8. Juli in Tarnowitz bei Pöhlitz stattfinden, der Bezirks-Wanderführerkursus im September in „Sus Uhlensucht“ bei Graal, dem Heim der Kostoder Naturfreunde. Der Bezirksvorstand soll die fotografierenden Mitglieder zu nützlicher gemeinsamer Arbeit zusammenfassen. Anträge an die Gauversammlung werden vom Bezirk aus nicht gestellt. Nach ausgiebiger Debatte schloß der Bezirksvorstand die Konferenz mit dem Wunsche, daß die bevorstehende Wanderzeit die Naturfreundebewegung wiederum weiter bringen möge, der gesamten arbeitenden Bevölkerung zum Nutzen.

Am Vorabend beging der Ortsverein Schwerin in Feltmanns Sälen sein Stiftungsfest, zu dem außer Vertretern der Ortsvereine des Bezirks auch eine Gruppe von Naturfreunden aus Wittenberge erschienen waren.

Eine Kontrolle der Arbeitslosen, die Bezüher des „Lübecker Volksboten“ sind, findet am Donnerstag, dem 29. und Freitag, dem 30. März von 9—11 Uhr im Gewerkschaftshaus statt.

Lebensmüde: Sonntag nachmittags verjuchte der Arbeiter Gl. sich am Kaiserort die Pulsader durchzuschneiden. Passanten riefen eine Sanitätskolonne vom Roten Kreuz, die den Lebensmüden nach Anlegung eines Notverbandes zu einem Arzt brachte. — Auf gleiche Weise wollte sich am Montag der Oberkellner Fr. D. aus Burg a. K. in einem hiesigen Hotel das Leben nehmen.

Dem zufällig hinzukommenden Hotelwirt gelang es, den Ver-zweifelten rechtzeitig an der Ausführung seines Vorhabens zu hindern. D., der sich bereits erheblich verletzt hatte, wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Autobrand. Heute morgen gegen 9 Uhr wurde die Feuerwehr nach Lagerplatz der Firma Boie alarmiert, wo ein Lieferwagen der Hansa-Wäckerel in Brand geraten war. Nachdem der Benzintank explodiert war, konnte das brennende Fahrzeug schnell abgelöscht und jede Feuergefahr beseitigt werden. Der Wagen wurde durch das Feuer, das auf einen Vergaserbrand zurückzuführen ist, stark beschädigt.

Verkehrsunfall. Am Sonnabend wurde in der Israelsdorfer Allee ein von einem Manne gezogener Blockwagen, der mit Dung beladen war, von einem Auto von hinten angefahren. Der Mann wurde hierbei zu Boden geschleudert und so erheblich verletzt, daß er in das Allgemeine Krankenhaus befördert werden mußte.

Eine vielschneckenpolitische Anordnung veröffentlicht das Gesundheitsamt im amtlichen Teil der heutigen Ausgabe; durch sie wird die Stadt Lübeck zu einem durch Tollwut gefährdeten Bezirk erklärt.

Theoretischer Meisterkursus. Die Gewerbetammer macht bekannt, daß Anmeldungen zum theoretischen Meisterkursus zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung Michaelis 1928 spätestens bis zum 7. April ds. Js. in der Gewerbetammer, Breite Straße Nr. 10 I, zu bewerkstelligen sind.

Die Friedensfreunde zur Reichstagswahl. In der Friedensgesellschaft sprach am Freitagabend in öffentlicher Versammlung Karl Schneider, Ufm. In nahezu zweistündigem Vortrag verband der Redner die Zuhörer in hohem Maße zu fesseln. Erschütternde Bilder des Krieges, eindrucksvolle Zahlengegenüberstellung der Rüstungsausgaben im Gegensatz zu Kultur-ausgaben, Wohnungsnot und Kreuzerbau, gaben Stoff übergenug zu dem Thema: „Was verlangen wir vom neuen Reichstag?“ Es geht nicht an, daß Minister Stresemann sich im Barter des Deutschen Hauses für Friedens- und Vertändigungspolitik einsetzt, und im ersten Stadi durchkreuzt man seine, an sich mühevollte Arbeit. Es geht nicht an, Stahlhelmpolitik und Friedenspolitik in einem Hause zu treiben. Wir haben es in der Hand, mitzuwirken, dafür zu sorgen bei den kommenden Wahlen, daß die Stahlhelmpolitik unterliegt. Der Weg zum Völkerrfrieden liegt in den Händen der einsichtigen Menschen. Kriege sind stets vor wenigen Menschen angezettelt, es ist kein Naturereignis, welches elementar über uns hereinbricht, toll und berechnend sind fast alle Kriege gemacht worden. Diesem Menschenmorden stellen sich machtvoll die Friedensgesellschaften entgegen, nicht mehr mit der Friedenspalme in der Hand soll der Völkerrfriede herbeigeführt werden. Der Friede soll erst künftige werden. Es sind Menschen am Werk, die ihr Leben daran setzen, zu wirken für diese große Aufgabe. Die Zuhörer folgten den Ausführungen des Redners begeistert. Freund und Gegner? Sollte bei letzteren auch ein Körnchen harten Geben sein? Dann wäre der Abend doppelter Erfolg. Z.

Die Belegschaft der Firma Thiel & Söhne befindet sich wegen Lohn Differenzen im Streik. Zuuaa ist fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Lübeck

Ueber die Firma Bitteron & Voh in Dänishburg ist für Maurer und Zimmerer die Sperre verhängt worden. Zuuaa ist fernzuhalten

Die Vorstände des Bauwerkverbundes und des Zentralverbandes der Zimmerer.

*

Schlutup. Die Kontrolle der arbeitslosen Bezüher des „Lübecker Volksboten“ findet am Sonnabend 8 Uhr bei Cabotowski statt.

Freie Rundfunkstunden

Radio der Volkshochschule

In der Woche vom 26. bis 29. März 1928 werden im Hörsaal 1 der Stadtbibliothek, Hundestraße 1, Hofg. 1, kostenfrei abgehalten:

Mittwoch, den 28. März

16.15 Uhr, Kiel: Friedrich Nießke als Poet und in seinen Briefen. Vorlesung: Fritz Radtke-Gieb. Gesang: Dr. Hans Hoffmann, Tenor; Violine: Martin Jährenkrug; Cello: Hans Hildebrandt; Klavier: Hans Böring. — 17.00 Uhr, Hamburg: Söfken-Konzert: Kreisleriana. Solist: Konzertmeister Jan Geklerkamp, Violine. Am Flügel: Adolf Seiler. — 17.15 Uhr, Hamburg: Uebertragung des Nachmittagskonzertes. — 18.00 Uhr: Techn. Vortrag für Facharbeiter und Werkmeister: Werkzeuge und Werkzeugmaschinen (Ingenieur Bohr).

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Lübeck

Katekau. Öffentliche Versammlung am Mittwoch, dem 28. März, abends 8 Uhr im Fürsten-Büchler. Gen. v. Hansen spricht über das Agrarprogramm. Das Erscheinen aller Einwohner erwartet der Einberufer.

Seeretz. Der Landeslehrerverein für den Landesteil Lübeck schickt uns eine Entgegnung auf den vom Gen. v. Syd an ihn gerichteten offenen Brief: (Wolfsb. Nr. 88). Es wird darin behauptet, daß das Schreiben des L. L. B. an das Ministerium keine Beschwerde über einen Beschluß der Stodelsdorfer Gemeindevertretung sei. Die Eingabe richtet sich gegen den Plan, für die vier Schulen von Stodelsdorf, Ravensbusch, Groß-Steintade und Gohorst eine gemeinsame Schulküche zu errichten. Diese würde von einigen der genannten Schulen 1 bis 2 Kilometer entfernt liegen. Durch die zurücklegenden Wege und das vor und nach den Turnübungen nötige Umgehen würde für die Kinder dieser Schulen von der Unterrichtszeit so wenig übrig bleiben, daß ein erfolgreicher Turnunterricht unmöglich sei. Schülern höherer Schulen würde man nicht zumuten, eine Turnhalle zu benutzen, die auch nur 1/2 Kilometer von der Schule entfernt liegt. Dort sei es selbstverständlich, daß Schulgebäude und Turnhalle in unmittelbarer Nähe liegen. Was bei höheren Schulen als selbstverständlich angesehen wird, müsse auch in diesem Falle für Volksschulen als Norm erachtet werden. Der L. L. B. würde den Bau einer solchen Zentralschule begrüßen, wenn die Gemeindevorstände in der Nähe derselben auch ein Zentralschulhaus errichten würden. Es sei aber keineswegs anzunehmen, daß z. B. die Gemeinde Stodelsdorf in absehbarer Zeit ihre doch zum Teil noch sehr guten Schulhäuser aufgeben werde, um einen solchen Bau auszuführen. Wie aus dem Bericht über die Landesausstellung vom 27. Februar ersichtlich ist, sei der Plan einer Turnhalle für vier Schulen bereits aufgegeben, man fordere jetzt eine gemeinsame Halle für die beiden Schulen von Stodelsdorf und Ravensbusch. Auch dieser Plan bedürfe ganz gründlicher Überlegung, wenn nicht in der Gemeinde Stodelsdorf derselbe unangenehme Zustand entstehen soll, wie er seit 1927 in der Gemeinde Malente bestche. Dem L. L. B. liegt nichts ferner, als den Gemeinden beim Errichten von guten Turnhallen irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten oder ihnen den Bau gar unmöglich zu machen.

Mecklenburg

Schönberg. Der Fall Jakubowski. Der Chef der mecklenb. Kriminalpolizei, Regierungsrat Steuding, ist vom Staatsministerium beauftragt worden, über den Fall Jakubowski erneute eingehende Recherchen anzustellen. Ueber die weiteren Schritte wird sich die Staatsregierung nach Abschluß dieser Recherchen schlüssig werden.

Schwerin. Wie sozialdemokratische Beamte verleumdet werden, zeigte wieder einmal ein Prozeß, der vor dem Amtsgericht in Schwerin zur Verhandlung stand. Der sozialdemokratische Amtshauptmann von Hagenow, Landtagsabgeordneter Dr. Wohlers, sah sich gezwungen, den früheren deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten, Hauptmann a. D. Himstedt, und den Hilfsredakteur der deutsch-nationalen Mecklenburgischen Nachrichten in Schwerin, von Bodenhausen, wegen Beleidigung zu verklagen. Im Frühjahr 1927 war u. a. auch der Elbezirk des Amtes Hagenow von der Hochwasserkatastrophe betroffen. Amtshauptmann Dr. Wohlers war in vorbildlicher Weise bemüht, das Hochwasser abzumildern und Not und Elend nach Kräften zu lindern. Er fand deshalb in allen Bevölkerungsteilen seines Amtsbezirks Anerkennung. In den mecklenburgischen Nachrichten erschien trotzdem ein Artikel, in dem Wohlers Völlerei und Verschwendung in der Amtsführung vorgeworfen wurde. Während die Bevölkerung in heroischer Weise, unterstützt durch Landwund- und Stahleintruppen, den Kampf gegen das Hochwasser geführt habe, sei der Amtshauptmann zum sozialdemokratischen Bezirksparteitag nach Rostock gefahren und habe die um ihren Besitz schwer kämpfende Amtsbevölkerung im Stich gelassen. Diese Angaben waren frei erfunden. Wohlers erhob deshalb Klage wegen Beleidigung. Vor dem Amtsgericht Schwerin brach das Lügengebäude der Himstedt und v. Bodenhausen dann kläglich zusammen. Sie mußten ihren Schwindel eingestehen und ihre Verleumdungen unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehmen. Deutsch-nationale Ehrenmänner!

Hansestädte

Hamburg. Eine Genossenschaftsstadt. Der Hamburger Senat hat beschlossen, die bisher noch unerschlossene und unbebaute Bille-Insel Willehude, die dem Hamburger Staatsfiskus gehört, und etwa 1/4 Million Quadratmeter groß ist, an den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ zu verkaufen. Nur ein bestimmter Teil des Bodens, auf dem öffentliche Einrichtungen, Schulen, Grünplätze usw. errichtet werden sollen, soll im Staatsbesitz verbleiben. Wie der „Hamburger Anzeiger“ erfährt, will die „Produktion“ auf diesem Inselgelände ihren gesamten Betrieb konzentrieren und dort in einigen Jahren eine neue Industriestadt mit 8000 Einwohnern entstehen lassen. Mit den ersten Bauten soll schon im nächsten Jahre begonnen werden. Die beträchtlichen Mittel für dieses Projekt sollen in der Hauptsache durch den Verkauf der „Produktion“-Betriebe in der Stadt, sowie aus dem Vermögen der Gesellschaft bestritten werden, so daß man ohne besondere Kredite auskommen hofft. Von dieser Konzentrierung ihrer Betriebe erwartet die „Produktion“ eine größere Wirtschaftlichkeit und Uebersichtlichkeit in der Verwaltung. Auch ist dort eine weitere Ausdehnung des Gesamtbetriebes für die Zukunft möglich. Der Verkauf von Willehude an die „Produktion“ bedarf noch der Genehmigung der Hamburger Bürgerschaft.

Oldenburg

Mürkingen. Dem Meeresabgerungenes Neuland. Die auf zwei Jahre vorgesehene Eindeichungsarbeit zur Gewinnung von Neuland am Jadebusen, ein großartiges, vom Oldenburger Staat eingeleitetes Millionenprojekt, ist nach dem demokratischen Zeitungsbericht jetzt zu einem großen Teil durchgeführt. Die Länge des Deiches, der als sogenannter Hauptdeich gebaut wird, um auch den höchsten Wasserfluten Widerstand bieten zu können, beträgt jetzt 5 1/2 Kilometer. Der Deich läuft in großen

Neues aus aller Welt

25 Autodroschken verbrannt

Großfeuer in einer Garage — Schwierige Löscharbeiten
Ein Großfeuer kam in den Seepark-Garagen in Berlin, Wilhelmstraße 112 zum Ausbruch. Als die Feuerwehr alarmiert wurde, hatten die Flammen sich schon ziemlich weit in der Garage ausgebreitet. Acht Löschzüge unter Leitung von Oberbranddirektor Gempp rückten nach der Brandstelle aus. Eine starke Qualmentwicklung erschwerte zunächst das Vordringen der Feuerwehrleute, und es war daher nicht möglich, die in der Garage untergebrachten 25 Kraftdroschken ins Freie zu bringen, so daß die Wagen ein Raub der Flammen wurden. Ueber die Entstehung des Brandes konnte noch nichts Bestimmtes festgestellt werden.

Der Mord an dem Abiturienten. In dem grauenerregenden Lustmorde an dem Abiturienten Daube in Bochum wird mitgeteilt, daß sich die Verdachtsmomente gegen den Freund des Ermordeten Husmann verstärkt haben. Man hat bei Husmann das Futteral eines größeren Messers gefunden. Das Messer selbst ist verschwunden. Weiter wurde festgestellt, daß Husmann nicht frei von sadistischen Neigungen ist. Er hat in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Rachekunjungen abgesehen. Auch am Vortage der grauenerregenden Ermordung hat er eine Rache getötet. In der Hand des Ermordeten wurden im geronnenen Blut Haare gefunden, die wahrscheinlich in der Abwehr dem Mörder ausgespielen hat. Die gerichtschemische Untersuchung darüber, ob es sich um Haare des Husmann handelt, ist noch nicht abgeschlossen. Husmann befindet sich auf freiem Fuße.

In eine Fingerguppe geflogen. Ein furchtbares Fliegerunglück hat sich bei Manchester in England ereignet. In Stahbridge flog die Flugzeugführerin Minnie Brown, die als erste Frau in Manchester die Piloten-Qualifikation erworben hat, bei der Landung mit ihrem Flugzeug in eine Gruppe von Kindern. Ein Knabe wurde getötet, fünf Kinder wurden verletzt.

Unfallsfall auf Seehe Bismarck

Zwei Brüder getötet — Ein Bergmann schwer verletzt
In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignete sich auf der Seehe „Graf Bismarck“ bei Gelsenkirchen ein bedauerlicher Unfall, bei dem ein Bergmann schwer verwundet und zwei weitere (ein Brüderpaar) getötet wurden. Bei Arbeiten auf einer Flößtriede setzte sich plötzlich das Hangende und begrub die Bergleute unter sich. Die Bergungsarbeiten waren sehr schwierig und dauerten den ganzen Sonntag über an.

Zwei Falschmünzwerkstätten wurden am Montag in Berlin ausgehoben. Die Falschmünzer stellten aus anderem Metall Nachahmungen der bronzenen und Nickel-50-Pfg.-Stücke und der silbernen 1-, 2- und 5-Markstücke her. Festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden die Klempner und Schnellphotographen Gebrüder Otto und Emil Rehnke. Außerdem wurde der 25 Jahre alte Tischler Hermann König verhaftet.

Die bestohlenen Reichsbahnbeamten. In der Korruptionsaffäre beim Berliner Eisenbahnzentralamt ist von der Staatsanwaltschaft neues wesentliches Belastungsmaterial zutage gefördert worden. Der Verdacht, daß sogenannte Lizenzzahlungen außer von der Firma Reiserl auch von anderen Firmen an Reichsbahnbeamten Schulte und andere Beamte geleistet wurden, hat sich bestätigt. Auch die A. E. G. in Berlin hat betragsartige Zahlungen, und zwar merkwürdigerweise über das Konto des Berliner Vertreters der bestohlenen Kölner Firma Reiserl gemacht. Die A. E. G. will dabei durchaus legal gehandelt haben, sie gibt an, daß die Empfänger der Lizenzzahlungen die Ueberweisung auf das Konto des Vertreters der Kölner Firma ausdrücklich verlangt hätten.

Einen Bogtkampf zwischen Schauspielern und Dichtern wird dieser Tage die Stadt Oslo erleben. Der Vorsitzende des dortigen Schauspielerverbandes, David Knudsen, der durchaus kein Jüngling mehr ist, will sich öffentlich im Bogtkampf zeigen, um gegen den jungen Schriftsteller Sigurd Hoel, der vor kurzem seinen ersten Roman „Sünder in Sommerjonne“ schrieb, einen Bogtkampf auszufechten.

Rudolf Wissell

hält am 1. April in den Stadthallen die Ansprache bei der

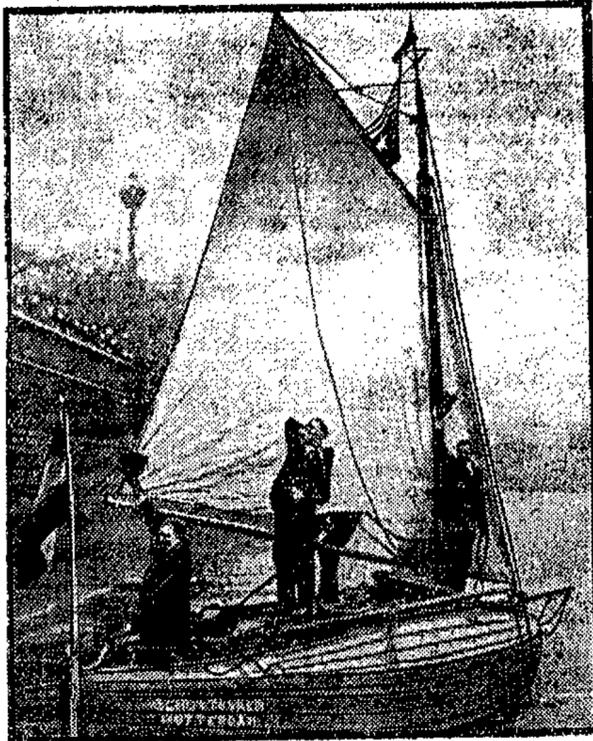
Jugendweihe

Eintritt 50 Pfg. / Alle Freunde willkommen
Karten sind in der Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten zu haben

Bogen von Küsterstei ausgehend längs der Küste in den Jadebusen hinaus und endigt in Wosla p.p. Das in Frage kommende Areal ist etwa 400 000 Quadratmeter groß. Nach dem Deichbau wird man 220 Hektar bewirtschaften können. Das Land soll voraussichtlich an Siedler aufgeteilt werden.

Ein seemannisches Heldenstück

Die immer noch verhältnismäßig große Zahl von Schiffskatastrophen hat schon viele Erfinder gereizt, ein Rettungsboot zu konstruieren, das die denkbar größte Sicherheit für die Rettung der Passagiere zu bieten vermag. Im vorigen Herbst wurde die Öffentlichkeit darüber unterrichtet, daß in Rotterdam ein



etwa sechzigjähriger Mann namens Schuttevaer ein ganz neuartiges Rettungsboot bauen ließ. Dieses Boot kann mehr als 80 Grad schief liegen und sich doch wieder aufrichten. Es kann im gegebenen Augenblick wie ein Unterseeboot gesteuert und behandelt werden und noch vom sinkenden Schiffe

aus ins Wasser gleiten, ohne mit in den sich dann bildenden Wassertrichter hineingerissen zu werden. Zwar sieht in solchen Fällen der Strudel das Boot ein Stück mit hinunter, aber inzwischens begannen in dem improvisierten Rettungsunterseeboot die Maschinen zu arbeiten, und das Boot bewegt sich mit den Geretteten an Bord unter der Wasseroberfläche weiter, um zu geeigneter Zeit wieder in die Höhe zu gehen und als kleiner Dampfer oder bei günstigem Winde auch als Segler zu fahren. Die Einzelheiten der Konstruktion sind selbstverständlich das Geheimnis des Erfinders, aber die ersten Versuche, die bei Rotterdam auf der Maas angestellt wurden, haben ergeben, daß das Boot tatsächlich so gut wie unversenkbar ist.

Schuttevaer hätte den Veruchsbau nicht unternommen können, wenn ihm nicht kapitalkräftige Menschen im festen Glauben an die Zukunft dieses Rettungsbootes das erforderliche Geld vorgeschied hätten. Schon die ersten Probefahrten auf der Maas füllten das Vertrauen des Publikums, und für die Probe-fahrt nach Amerika, die der Erfinder kürzlich mit noch drei wagemutigen Männern unternommen hat, ließen bereits von allen Seiten Gelder für die Schiffsausstattung ein. Schuttevaer selbst war sich darüber klar, daß er zunächst eine Probe auf Leben und Tod machen mußte, bevor er auf die Anerkennung der Kulturwelt rechnen durfte. Diese Probe ist die große Fahrt, die vor kurzem von Rotterdam aus ihren Anfang genommen hat. Was eine solche Fahrt bedeuten will, ist vielleicht dem Binnenlandbewohner nicht ohne weiteres klar. Mit einem Motorsegler, der nicht größer ist als die kleinen Boote, die an schönen Sommertagen die deutschen Ströme der Binnenseen besetzen, unternahmen vier Männer im Dienste der künftigen sicheren Rettung von Schiffbrüchigen eine Meeresfahrt, die fast an die kühnen Fahrten der nordischen Wikinger vor etwa 1000 Jahren erinnert. Das nusschalenartige Boot, das den Namen seines Erfinders trägt, fehlte sich den haushohen Wellen des Ozeans aus, wie man sie an Sturmestagen schon in unmittelbarer Nähe der holländischen Küste beobachten kann, und denen erst kürzlich das englische Schiff „Shona“ bei Ymuiden erlegen ist. Allein für die Fahrt nach London hat das Boot etwa eine Woche gebraucht, während die Dampfer die Strecke von Hoek van Holland nach Harwich in wenigen Stunden zurücklegen. Für die Fahrt nach Amerika glaubt Schuttevaer etwa 50 Tage zu benötigen.

Was hier vollbracht wird, ist eine kulturelle Großtat, die im Falle ihres Gelingens der Geschichte angehören wird. 50 Tage in einem kleinen Boote auf dem schier unendlichen Ozean, abgesehen von der ganzen Außenwelt (da die Marconi-Anlage sich als ein Hindernis erwies und in London abmontiert werden mußte), ein Spielball der Wogen und Seestürme, bis endlich die amerikanische Küste erreicht ist, und dann unter gleichen Bedingungen wieder zurück, bis die freundlichen Gestirne des „Neuen Wasserweges“, des Zuganges zum Rotterdamer Heimathafen, winken — das geht so weit über alle Vorstellungen der Menschheit von heute mit ihren mannigfachen Rekordten hinaus, daß zugeht die Helden von „Schuttevaer“ in allen seefahrenden Ländern das Tagesgespräch sind. Das Gelingen dieser Fahrt wird eine neue Epoche des Rettungswesens auf hoher See bedeuten, da es dann selbstverständlich sein muß, daß jedes die Weltmeere befahrende Schiff mit einer ausreichenden Zahl von Schuttevaer-Booten ausgestattet wird. Das Gefühl, auch bei einer Katastrophe nach menschlichem Ermessen der Rettung gewiß zu sein, wird manches Widerwärtige beseitigen, das sonst bei Schiffsunfällen durch die Brutalität des Selbst-erhaltungstriebes bei den meisten Menschen alle menschlichen Züge in den Hintergrund drängt. Selbstverständlich kann und wird man darüber nicht die weitere Verbesserung der Konstruktions-sicherheit der modernen Ozeanfahrer vernachlässigen, aber der Untergang der „Titanic“ vor 16 Jahren hat ja gezeigt, daß selbst der noch so exakt konstruierte Riesendampfer in Situationen kommen kann, in denen die Naturgewalten stärker als jede konstruktive Borasicht der Schiffsbauingenieur sind.

Die Hoffnungen von Millionen Menschen begleiten Schuttevaer und seine Gefährten auf ihrer Fahrt über den Atlantik, und wenn diese kühnen Männer glücklich in die Heimat zurückkehren, wird ein einziger gewaltiger Jubelruf den Erdball umhallen. Bgm.

Continental-Reifen

